

Erfurter Freidenkerhefte

Erfurter Freidenkerheft Nr. 2

120 Jahre

**internationaler Kampf- und Feiertag
der Arbeiterklasse in Erfurt**



DGB

Die Broschüre zum 120. Jahrestag des 1. Mai in Erfurt sollte rechtzeitig zum 1. Mai 2010 erscheinen. Aus vielerlei Gründen konnte der Termin nicht realisiert werden. Noch bis kurz vor seinem Tod hatte Günter Schwade das Manuskript – ergänzt um die Geschehnisse zum 1. Mai 2010 - fertig gestellt. In enger Kooperation mit dem Deutschen Freidenkerverband, dem DGB Thüringen sowie Wolfgang Albold wurde eine druckfähige Fassung erarbeitet, die wir hiermit der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Wir danken Allen, die die Veröffentlichung möglich gemacht haben.

Erfurt, 1. Mai 2011

Die Herausgeber

Vorwort

Dem Verfasser der vorliegenden Schrift war es leider nicht vergönnt, das Erscheinen seiner Arbeit in der Reihe Erfurter Freidenkerhefte als Nummer 2 zu erleben.

Dass das Projekt doch noch abgeschlossen werden konnte, verdanken wir der rührigen Zusammenarbeit von Enthusiasten, seiner Tochter und der Enkeltochter, die an der Publizierung von Forschungen zur regionalen Geschichte interessiert sind.

Die Ortsgruppe Erfurt und Umland des Deutschen Freidenker Verbandes e.V. hat das Projekt des 2010 verstorbenen Verfassers mit vielen Ratschlägen und Hinweisen begleitet und die vorliegende Schrift als sehr wertvoll eingeschätzt. Die Schrift wird einen wichtigen Beitrag dafür leisten, wichtige Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und in die Kämpfe der Gegenwart einzubeziehen.

Das Ziel der vorliegenden Schrift, die 120 jährige Geschichte des 1. Mai in Erfurt vielen zugänglich zu machen, kann somit erwirkt werden. Jetzt kommt es darauf an, notwendige Schlussfolgerungen aus der Geschichte zu ziehen und der Nachwelt zu signalisieren, dass Anstrengungen im Kampf um eine sozial gerechtere Welt sich lohnen. In der Zeit verstärkter politischer und sozialer Auseinandersetzungen ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte ein wichtiger Fundus für klare Orientierungen.

Helga Borchert Hans-Jörg Rödiger

Deutscher Freidenker Verband e.V.
Landesverband Thürgen e.V.
Ortsverband Erfurt und Umland

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

niemand konnte ahnen, was für ein Echo mit einem Beschluss 1889 in Paris ausgelöst wurde. Auf dem Gründungskongress der II. Internationale wurde festgelegt, dass am 1. Mai 1890 eine einmalige Manifestation der LohnarbeiterInnen aller Länder für die Durchsetzung des Achtstundentags stattfinden sollte.

Nach den Jahren des reaktionären Sozialistengesetzes gab es am 1. Mai 1990 erstmals länderübergreifend große Massendemonstrationen zur Durchsetzung des Achtstundenarbeits-tages, der internationalen Solidarität aller ArbeiterInnen und für Frieden. Auch in Deutschland und Erfurt folgten große Teile der Arbeiterschaft dem Aufruf.

Arbeitgeber und staatliche Organe reagierten wie auf eine „Kampfansage“. Sie reagierten auf die „Provokation“ mit Aussperrung, Kündigung und massiven Repressionen. Der große Erfolg ermutigte die Delegierten auf dem Kongress der II. Internationale in Brüssel 1890 zum Beschluss, den 1. Mai als ständigen Feiertag zu proklamieren. Seitdem ist der 1. Mai der „Internationalen Kampf- und Feiertag“, an dem die ArbeiterInnen geschlossen ihre Forderungen öffentliche vertreten.

Geschenkt wurde nichts. Die Forderungen zum 1. Mai mussten mit größten Opfern durchgesetzt werden. Vieles, was uns heute als selbstverständlich erscheint, z. B. das Koalitions- und Versammlungsrecht, Tarifverträge, das allgemeine Wahlrecht, das Frauenwahlrecht, die Mitbestimmung, das Recht einen Betriebsrat bzw. einen Personalrat zu wählen, Gesundheits- und Jugendarbeitschutzgesetz, menschenwürdige Bezahlung u.a. waren Forderungen am 1. Mai. Der internationale Charakter wendet sich gegen Nationalismus und Krieg.

Heute profitieren wir – aber auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich immer noch nicht gewerkschaftlich organisiert haben – von den Mühen und gewerkschaftlichen Erfolgen unserer Vorfahren. Auch jetzt wird uns nichts geschenkt. Tarife und Arbeitsbedingungen sind da besser, wo die Beschäftigten sich gewerkschaftlich organisieren.

Überquellender Reichtum auf der einen und prekäre Arbeitsverhältnisse, Massenarbeitslosigkeit und Angriffe auf soziale Errungenschaften hier und international sind nach wie vor an der Tagesordnung. Dies erfordert tägliche Solidarität und Gegenwehr.

Wir danken dem Kollegen Günter Schwade. Viele kannten ihn vom Infostand am 1. Mai auf dem Erfurter Anger. Sein bleibender Verdienst ist die Erforschung und Dokumentation der Geschichte des 1. Mai in Erfurt. Günter lag die Einheit der Arbeiterbewegung sehr am Herzen. Trotz unterschiedlicher Positionen, auch über Parteigrenzen hinweg, hatten für ihn Lohnabhängige und ihre Gewerkschaften immer ein gemeinsames Interesse: die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und Kampf gegen Ausbeutung. Dieses Ziel zieht sich wie ein roter Faden durch seinen Text.

120 Jahre 1. Mai – Kampf- und Feiertag – so wichtig wie am ersten Tag!

Renate Licht
Vorsitzende DGB Thüringen

Einleitung

Dem Titel entsprechend ist diese Arbeit auf das Geschehen zum 1. Mai auf die Zeit von 1890 bis 2010 in Erfurt bezogen. Ihr liegt nicht die Aufgabe zugrunde, deutsche Geschichte oder die der Gewerkschaft grundsätzlich zu erfassen oder darzustellen. Überregionale Aktivitäten oder Vorgänge wurden nur dann einbezogen, wenn es ,wie zum Beispiel bei dem „Berliner Blutsonntag 1929“ Zusammenhänge oder direkte Einflüsse auf das Geschehen in Erfurt gab. Auf den 1. Mai bezogen gab und gibt es Erscheinungsformen, die sich in der Folge der Jahre immer wiederholen. Deshalb wurden mehrfach Zusammenfassungen über Jahre entsprechend vorgenommen.

Der Verfasser sagt Dank für die erhaltene Unterstützung den Kollegen

Lothar Adler

Rolf Düber und

Hans-Hermann Hofmann.

Trotz umfangreichen Quellenstudiums ist sich der Verfasser sicher, dass es noch weitere Materialien und Dokumente zu dem Thema 1. Mai in Erfurt gibt, die sich in Privatbesitz befinden. Der Verfasser ist an entsprechenden Hinweisen oder auch Materialien interessiert, die zu möglichen Ergänzungen oder auch Korrekturen führen könnten. Materialien, die zur Auswertung bereitgestellt werden, nimmt der Verfasser gern entgegen und sichert selbstverständlich die ordnungsgemäße Rückgabe.

Dr. Günter Schwade

Inhalt

- I. Der Kampf um die Arbeiterrechte im Kaiserstaat
- II. Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse in den Jahren der Weimarer Republik
- III. Der Missbrauch des 1. Mai durch den faschistischen Staat in Erfurt
- IV. Die Wiedergeburt des 1. Mai in Erfurt für Frieden, Demokratie und Solidarität
in einer Großstadt der DDR
- V. Der 1. Mai im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Erfurt
- VI. Der 1. Mai in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts in Erfurt

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen...“ aus der Resolution beschlossen, von dem Internationalen Arbeiter-Kongress zu Paris am 20. Juli 1889¹

I. Der Kampf um Arbeiterrechte im Kaiserstaat

Der Kongress der II. Internationale tagte vom 14. bis 20. Juli 1889 in Paris. 400 Delegierte sozialistischer Parteien und Gewerkschaften, unter ihnen Wilhelm Liebknecht und August Bebel, beschlossen, am 1. Mai 1890 eine große internationale Manifestation zu veranstalten. Wesentlich bestimmend für diesen Beschluss waren die in den vergangenen Jahrzehnten geführten Arbeitskämpfe der amerikanischen Gewerkschaften². Das zentrale Anliegen war und blieb für längere Zeit der Kampf um den Achtstundentag. Friedrich Engels schrieb 1890, dass es bei diesem Tag darum gehe „den schon vom Genfer Kongress 1866 und wiederum vom Pariser Arbeiterkongress 1889 proklamierten, gesetzlich festzustellenden Normalarbeitstag“³ zu erkämpfen.

Erfurter Tischler erreichten 1890 mit einem Streik die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Insgesamt bezog der Arbeitskampf neben dem Achtstundentag auch die Fragen des Arbeitsschutzes und andere soziale Forderungen ein. Bei der Beschlussfassung in Paris war ursprünglich keine jährliche Wiederholung des Kampftages oder seine Verbindung mit Arbeitsruhe vorgesehen. Diese internationale Übereinstimmung setzte sich erst später durch.

In Deutschland traf der Beschluss der II. Internationale mit der bisher größten Streikwelle zusammen⁴. Achtzehn Gewerkschaften erklärten bis Dezember 1889 ihre Streikbereitschaft zum 1. Mai 1890. Hinzu kam die Aufhebung des Sozialistengesetzes⁵. Auch in Erfurt hatte, wie in Deutschland insgesamt, die Arbeiterbewegung trotz der Unterdrückungsmaßnahmen einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Bereitschaft des kaiserlichen Polizei- und Spitzelapparates war aber weiterhin groß, Willenskundgebungen der Arbeiterbewegung zu verhindern. Mit Gewaltandrohung wurden öffentliche Demonstrationen und das Tragen roter Fahnen verboten. Sehr schnell fanden die proletarischen Demonstranten jedoch einen Weg, das Verbot zu umgehen. Es war das Tragen roter Schlipse oder solcher Luftballons, Schnupftücher, Schirme und insbesondere der roten Nelken. Diese rote Blume wurde dann in Deutschland zum Bekenntnis für den internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse. Am 11. April 1890 verfügte das Innenministerium an den damaligen „Königlichen Regierungspräsidenten, Herrn von Brauchitsch in Erfurt“, sofort die Polizeibehörde anzuweisen, die für den 1. Mai vorgesehenen Kundgebungen und ihre Vorbereitungen unter Kontrolle zu nehmen, etwaigen Ausschreitungen entgegen-

¹ Fricke, Dieter: Kleine Geschichte des 1. Mai

² Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris vom 14. – 20.07.1889, Nürnberg 1890, S. 123

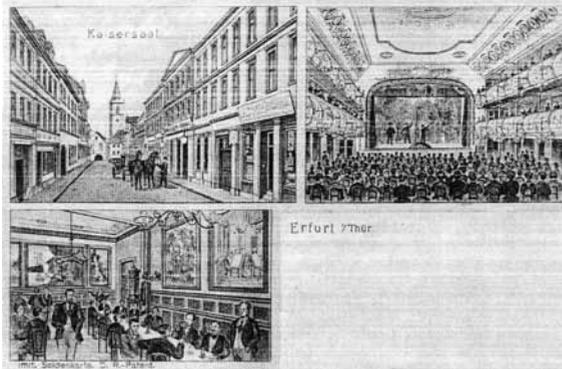
³ Engels, Friedrich: Vorrede zur deutschen Ausgabe des Komm. Manifestes der Komm. Partei, London am 1. Mai 1890; K. Marx/F. Engels, Berlin 1945

⁴ 1889 standen u.a. im Ruhrgebiet 100 000 Bergleute im Streik, der aber vom Militär blutig niedergeschlagen wurde.

⁵ Nach 2 Attentaten auf Kaiser Wilhelm I setzte Bismarck unter Ausnutzung der gesteigerten Revolutionsfurcht mit der junkerlich-bourgeoisen Mehrheit im Reichstag das Ausnahmegesetz vom 28. 10. 1878 gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ durch. Ursprünglich auf 2 ½ Jahre befristet wurde es bis 1890 mehrfach verlängert. Es verbot alle sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Vereine, Versammlungen und Druckschriften. Dieses Ausnahmegesetz schloss auch die mögliche Ausweisung von Agitatoren aus dem jeweiligen Bezirk ein

zutreten und „Ruhe und Ordnung“ unbedingt zu sichern⁶. Die sozialdemokratische Parteiführung, identisch mit der Reichstagsfraktion, hatte für die Maifeier keine einheitliche Orientierung gegeben, aber Anfang April beschlossen, den 1. Mai nicht zum arbeitsfreien Feiertag zu erklären und Feiern, wie auch Feste, wegen möglicher Zusammenstöße mit der Staatsgewalt oder auch drohendem Lohnausfall außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen. Es war bekannt, dass Polizei, Militär, Justiz und Arbeitgeber sowie Organisationen geradezu darauf warteten, gegen die Veranstaltungen der Arbeiter vorgehen zu können. Doch größere Teile der Erfurter Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern und folgten dem

Aufruf des Maikomitees. Wie zu einem Ausflug setzten sich am 1. Mai 1890 Erfurter Sozialdemokraten in kleinen Gruppen in Richtung Haarberg in Bewegung, „begleitet“ von Polizisten, Gendarmen und Polizeispitzeln. Das Ziel der „Wanderung“, die dortige Gaststätte, lag aber schon auf dem Staatsgebiet von Sachsen-Weimar-Eisenach. Die Chaussee war an diesem Tag schwarz von Menschen und die Teilnehmerzahl wurde auf 4 000 Bürger geschätzt⁷. Es konnte auch kein Verstoß gegen die nur in Erfurt geltende preußische



Ansichtskarte – Kaisersaal 1. Mai 1904

„Ordnung“ festgestellt werden, die einen Umzug unter Strafe stellte. Am gleichen Tag fand dann auch noch im Erfurter Kaisersaal eine Kundgebung statt: Dass sie aus zwar nichtigen Gründen dann von der Polizei aufgelöst wurde, entsprach in diesem Zusammenhang der letztmaligen Anwendung des Sozialistengesetzes in Erfurt.

Mit der sich in den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts rasch entwickelnden Maifeierbewegung wuchs auch das Bedürfnis und die Notwendigkeit, für die sozialdemokratische Propaganda neue Wege zu erschließen. Neben der vom SPD-Parteivorstand ab 1891 herausgegebenen Mai-Zeitung wurden u.a. Medaillen in einer Weise geprägt, wie man früher gekrönte Häupter oder Persönlichkeiten des Bürgertums würdigte. Die bekannteste Medaille zum 1. Mai zeigt auf der Vorderseite die Kopfbilder von August Bebel und Wilhelm Liebknecht und auf der Rückseite den Sinnspruch zum 1. Mai 1890. Sie hat einen „Durchmesser von 28 mm⁸. Das war nicht zuletzt ein deutliches Zeichen dafür, dass der 1. Mai nicht schlechthin ein Fest für alle war, sondern ein proletarisches,



Gedenkmedaille 1890

⁶ Zur Geschichte des 1. Mai in Erfurt, 1958 Erfurt S. 3

⁷ StAW, Regierung zu Erfurt Nr., 497, Bl. 9 ff, 80 f

⁸ Herber, Hugo: Zeugnisse des Sieges über das Bismarcksche Sozialistengesetz in: Numismatische Beiträge 1970/II,

s. 19 ff

ein sozialistisches Fest oder wie Friedrich Engels es nannte ein „proletarisches Klassenfest“. Es kam aber noch etwas hinzu.

Mit der Überwindung des Sozialistengesetzes 1890, welches den Sozialdemokraten über zwölf Jahre jede legale Agitation verboten hatte, wurde es möglich, Ansichtskarten der Arbeiterbewegung mit der Post der Kaiserzeit zu versenden. Damals war es üblich, Bildpostkarten vielfältig zu religiösen Festen oder als familiäre Grüße zu nutzen. Jetzt fanden solche Karten, entsprechend gestaltet, zunehmend für die Arbeiterbewegung und den 1. Mai Verwendung⁹, zumal sie für den halben Preis eines Briefes verschickt werden konnten. Themen für die Bildgestaltung der Karten waren der Kampf um politische Rechte, arbeitsrechtliche Forderungen und insbesondere der Achtstundentag. Häufige Darstellung fanden führende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung wie Karl Marx, August Bebel, Ferdinand Lassalle, Wilhelm Liebknecht, Paul Singer u.a.m. mit Texten wie „Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!“. Vielfach wurden auch Losungen zitiert wie: „Recht auf Freiheit“, „Freies Wahlrecht“, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ oder nach dem Kommunistischen Manifest „Proletarier aller Länder vereinigt euch“. Immer wiederkehrend und in unterschiedlichen Varianten erfolgte die Darstellung der Freiheits-Allegorie, die die Marianne mit der phrygischen Mütze zeigt¹⁰. Neben der Darstellung des Kampfes der Arbeiter und ihren Forderungen gab es aber auch Postkarten, die festlich gekleidete, frohe und um den Maibaum tanzende Menschen zeigten sowie auch Maiblumen und gestaltete Gärten. Sie dokumentierten den Feiertag, den auf neue Art zu gestaltenden Tag der arbeitenden Menschen. Die Auseinandersetzung um die Arbeitsruhe am 1. Mai war für die Arbeiterbewegung ein Dauerkonflikt.

Es war immer wieder notwendig Überzeugungsarbeit bei solchen Arbeitern zu leisten, die abseits standen oder die sich nicht trautes, ihre politische Gesinnung nach außen zu zeigen. Gerade die Zögerlichen wurden 1892 in einer Flugschrift angesprochen, in der es u.a. hieß: „Indifferentismus und die politische Duselei, dieser größte Feind der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf, wird am wirksamsten durch häufige Demonstrationen bekämpft und überwunden. Es ermutigt einen jeden Teilnehmer, wenn er sieht, dass viele tausend Menschen, die er nicht kennt, die er niemals gesehen, mit ihm für die gemeinsame Sache kämpfen“¹¹. Wilhelm Liebknecht hatte bereits auf dem SPD-Parteitag 1890 festgestellt:



Ansichtskarte – Gruß zur Maifeier
K. Marx, F. Lassalle, A. Bebel

⁹ Gebhard, Manfred: Ein Hauch von Maienblüte, Berlin 1998

¹⁰ Eine aus Stoff oder weichem Leder gefertigte Zipfelmütze. Die französischen Revolutionäre trugen die nachgebildete Jakobinermütze, Marianne, die Symbolfigur Frankreichs, wurde oft mit einer derartigen Mütze dargestellt.

¹¹ Achten, Udo; Reichelt, Matthias; Schultz, Reinhard: Mein Vaterland ist international . Internationale illustrierte Geschichte des 1. mai 1886 bis heute; Asso Verlag

„Der Mensch ist nicht ausschließlich zur Arbeit geboren. Nicht um zu arbeiten leben wir, sondern wir arbeiten, um zu leben“¹².

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion rief am 4. Februar 1891 die Arbeiter auf, „die Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu begehen und weiter dahin zu wirken, dass auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird“¹³. Als sich der Sozialistenkongress 1894 für eine Arbeitsruhe am 1. Mai entschied, schloss sich der SPD-Parteitag dieser Position an. August Bebel empfahl dann auf dem Breslauer Parteitag, fußend auf den in Berlin gesammelten Erfahrungen, den Gewerkschaften die Gestaltung des 1. Mai einschließlich der Entscheidung über Arbeitsruhe zu übertragen. Die von dem SPD-Parteivorstand bisher geübte Zurückhaltung fußte allerdings auch auf begründeten Ursachen.

Staatlicherseits hatte es immer wieder Bemühungen gegeben, zu einer Form des Sozialistengesetzes zurückzukehren. Das zeigten solche, allerdings gescheiterte Gesetzentwürfe, wie die sogenannte Umsturzvorlage von 1895 und die Zuchthausvorlage von 1899.

Anfang des 20. Jahrhunderts gab es verstärkt revisionistische Kräfte in den Reihen der SPD und der Gewerkschaften, die auf Reformen zur „Überwindung der Klassenherrschaft“ setzten und Verhandlungen sowie Kompromisse dem Kampf vorzogen. Immer wieder unternahmen es die opportunistischen Kräfte, die Forderung nach Arbeitsruhe am 1. Mai zurückzudrängen. Letztlich beschloss der Internationale Sozialistenkongress in



Insertat der Zeitung „Tribüne“ 1901

Amsterdam 1904, alle sozialdemokratischen Parteiorganisationen aufzufordern, alljährlich für den achtstündigen Arbeitstag, für den Weltfrieden zu demonstrieren und dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen¹⁴. Wenige Monate nach dem Amsterdamer Kongress stimmte der in Bremen tagende SPD-Parteitag diesen Beschlüssen vollinhaltlich zu. In den Folgejahren prägte sich die Solidarität der Arbeiter, national und international weiter aus.

Obwohl das Sozialistengesetz gefallen war, verweigerten die preußischen Machthaber auch weiterhin, in den Straßen der Stadt öffentlich zu demonstrieren. Maidemonstrationen lehnten die Behörden mit der Begründung ab, der Maiumzug sei eine Demonstration gegen die bestehende Gesellschaftsordnung und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Erfurter Maidemonstrationen fanden deshalb außerhalb der Stadt, so im „Schedels Felsenkeller“, im „Planers Felsenkeller“, im „Aktienkeller“, in Rhoda oder in Dittelstedt statt.

Am 1. Mai 1904 wurde die ganze Erfurter Polizei mobilisiert, da die Erfurter Arbeiterschaft sich vorgenommen hatte, im „Tivoli“ und an der Magdeburger Allee, heute „Rosa-Luxemburg-Platz“, den Kampftag zu begehen. Die übergroße Zahl der anwesenden „Gäste in Uniform“ missfiel aber den Arbeitern. Sie verließen nach und nach das „Tivoli“ und begaben sich auf einen „Spaziergang“. Dieser führte über die Cyriaksburg, die Dreibrunnen

¹² ebenda

¹³ Vorwärts (Berlin) 6. Februar 1891

¹⁴ Internationaler Sozialistenkongress zu Amsterdam 14. – 20. August 1904, Berlin 1904, S. 54

zum „Aktienkeller“, wo sich dann weit über 2.000 „Spaziergänger“ einfanden. Die Erfurter Polizei war völlig irritiert und die Kundgebung konnte ohne sie durchgeführt werden¹⁵. Solche „Spazier-Demonstrationen“ wurden zu einer viel genutzten Form, die staatlichen Verbote zu umgehen.

Neben den Behörden wandten sich aber auch die Mehrzahl der Unternehmer dagegen, dass sich Arbeiter ihrer Betriebe an Maidemonstrationen beteiligten. 1906 hatte die Direktion der Firma Schwade die Teilnahme an der Demonstration untersagt. Sechzig Former dieses Betriebes waren aber trotz Verbot dabei. Am nächsten Tag, als die Arbeiter wieder in den Betrieb wollten, wurden sie ausgesperrt¹⁶. Der Lehrling Oskar Carius, der 1912 in der Ausbildung als Elektromonteur bei der Installationsfirma Gustav Gritzner in Erfurt war, hatte einen ernsthaften Zusammenstoß mit seinem Lehrherrn. Dieser warf ihm vor: „Er feiert den 1. Mai und wiegelt die Leute auf!“ Das Gewerbegericht erklärte in diesem Fall die Lehre für beendet¹⁷. Mut und Charakterstärke des Lehrlings Carius ist besonders hervorzuheben, war doch die ablehnende Haltung der Unternehmer gegenüber dem 1. Mai. bekannt. Ungeachtet dieser Praktiken nahm die Zahl der Werkstätigen zu, die am Kampftag teilnahmen, welche die Forderung nach „Arbeitsruhe am 1. Mai“ unterstützten und an diesem Tag der Arbeit fernblieben.

Eigene Beiträge zu den Demonstrationen und zur Gestaltung des 1. Mai brachten zunehmend die Arbeiterkulturorganisationen, wie die Arbeiter-Sänger mit ihren Programmen, die Arbeiter-Turner und die Arbeiter-Radfahrer und auch die schreibenden Arbeiter und Dichter, die Texte für Lieder und Rezitationen verfassten und an der Gestaltung der Festschriften mitwirkten. Die proletarischen Freidenker schrieben 1911 im Organ ihres Zentralverbandes: „Den Beschlüssen des Internationalen Sozialistenkongresses zufolge begeht das Proletariat in allen Ländern alljährlich am 1. Mai seinen Weltfeiertag. Die graue Sorge des Proletariats soll an diesem Tage hinweggescheucht werden und so aus sozialistischer Kampfesbegeisterung heraus wollen wir unser Maifest feiern, wie Lassalle es ausdrückte: „Geeint in einem festen klaren Willen, erfüllt von einer lebendigen Idee (..) Wir demonstrieren am 1. Mai für den Weltfrieden (..) Auf unserer Fahne steht am 1. Mai eine leuchtende 8. Wir wollen den Achtstundentag (..)“¹⁸.

Auch in Erfurt führte die ständige Verschlechterung der sozialen Lage und die steigende Ausbeutung der Werkstätigen, zunehmend zu Arbeitskämpfen und anwachsender Streikdauer. Die Unternehmer begegneten dem mit Aussperrungen und Entlassungen. Schwarze Listen „sicherten“, dass die auf diese Weise Erfassten in ihrer Gegend keine Arbeit mehr fanden. Unternehmer wie Ernst Abbe, Zeiss Jena, der um 1900 den 1. Mai. als bezahlten, zunächst halben Feiertag einführte und sich aus seiner Sicht um einen sozialen Ausgleich bemühte, waren eine Ausnahme. In der Zeit von 1897 bis etwa 1913 fanden in Erfurt insgesamt 130 Streiks statt, an denen 8.748 Arbeiter beteiligt waren. Der Höhepunkt der Streikbewegung lag allerdings in den Jahren 1910/1911. Auf diesen Zeitraum entfielen etwa ein Drittel aller Streiks¹⁹.

Die preußischen Behörden ließen mit ihren Maßnahmen zur Unterdrückung der Aktivitäten der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften nicht nach. So durfte die Demonstration zum 1. Mai 1913 in Erfurt nur auf dem Bürgersteig stattfinden. Dennoch wuchs sie zu einer

¹⁵ Zur Geschichte ... a.a.O., S. 4

¹⁶ ebenda

¹⁷ Schwade, Günter: Biographie Oskar Carius, (MS)

¹⁸ Der Atheist, Illustrierte Wochenschrift für Volksaufklärung, Nr. 18, 30.04.1911

¹⁹ Geschichte der Stadt Erfurt (GdStE), Weimar 1986, S. 342/343

gewaltigen Kundgebung an. Unter Hochrufen auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, „Es lebe der Achtstundentag“ und „Nieder mit dem Krieg“, zogen die Demonstranten vom Anger zum „Tivoli“. Obwohl die Polizei versuchte, die Demonstranten mit blank gezogener Waffe auseinander zu treiben, scheiterte sie am geschlossenen Auftreten der Arbeiter²⁰. Es war offensichtlich, dass neben Forderungen wie Achtstundentag und Arbeitsruhe am 1. Mai verstärkt auch immer mehr politische Forderungen erhoben wurden, wie: „Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht“ oder „Kampf gegen den Krieg“. Eine Ansichtskarte von 1910 zeigt eine junge Frau, Marianne, die ein Bündel langer Offizierssäbel, diese Symbole des preußischen Militarismus, zerschlägt und darunter den Satz: „Die Waffe soll zur Pflugschar werden!“²¹



Ansichtskarte – 1910 gegen preußischen Militarismus

Aus der Zeit der ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts sind Anstecknadeln auf den 1. Mai bekannt, die in Form und Gestaltung denen gleichen, die für die SPD hergestellt wurden. Hervorragende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung wie August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, der Händedruck als Symbol der Arbeiterverbrüderung von 1848 und der Solidarität, Texte zum 1. Mai, zum Achtstundentag (oft nur mit einer großen 8 versehen) und für freies Wahlrecht, wurden vor dem Hintergrund einer roten Fahne auf den Abzeichen dargestellt. Hatten schon 1905 die Berliner Arbeiter am 1. Mai zum Kampf gegen die



Anstecknadeln

und zu Lande demonstriert, so wurden viele Jahre später am 1. Mai 1914 überall Anti-kriegslosungen gezeigt.

Das drückte die Bereitschaft eines Teils der Werk tätigen aus, die Forderung der II. Internationale in die Tat umzusetzen und die Kriegsregierung zu stürzen.

Die meisten der Erfurter Funktionäre der SPD und der Freien Gewerkschaften hatten jedoch die Position der II. Internationale bereits verlassen. Am Tag des Kriegsausbruchs am 1. August 1914 waren große Teile der „vaterlandslosen Gesellen“ bereit, ihre „Pflicht“ zu erfüllen. Der Kaiser hatte in den Jahren zuvor die Sozialdemokraten stets als „vaterlandslose Gesellen“ bezeichnet. Bei Kriegsbeginn vollführte er eine scheinbare Kehrtwende mit dem Trick, die Kriegsbereitschaft und Kriegsbegeisterung des Volkes zu schüren. So erklärte er am 4. August 1914 vor dem Reichstag, er kenne nun keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche. In dem die SPD wie auch die Mehrheit ihrer Schwesterparteien

²⁰ ebenda

²¹ Gebhard, Manfred: a.a.O., S. 87

sich dann aber für ihr „Vaterland“ und damit für den Krieg entschieden und Karl Liebknecht in Deutschland mit seiner Stimme gegen die Kriegskredite allein blieb, brach die II. Internationale auseinander. Karl Liebknecht bezog am 2. Dezember 1914 die Position der deutschen Linken mit der bekannten Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Und er begründete weiter: „Der 1. Mai ist seit 1889 der Kundgebung und Propaganda für die großen Grundgedanken des Sozialismus, gegen jegliche Ausbeutung, Unterdrückung und Vergewaltigung geweiht, der Propaganda für die Zusammengehörigkeit der Arbeiter aller Länder, die durch den Krieg nicht aufgehoben, sondern verstärkt ist, gegen ihre brudermörderische Zerfleischung, für den Frieden, gegen den Krieg. Während des Krieges ist diese Kundgebung und Propaganda eine doppelte heilige Pflicht jedes Sozialisten“²².

Der 1. Mai nahm für die deutsche Linke in ihrem Kampf um die Gewinnung der Massen gegen den imperialistischen Krieg einen zentralen Platz ein. Die SPD Führung stimmte jedoch nicht nur für die Kriegskredite, sondern wandte sich zugleich gegen Lohnbewegungen und Maikundgebungen in der Kriegszeit. Die Gewerkschaften schlossen einen Burgfrieden und verzichteten für die Dauer des Krieges auf das Streikrecht sowie die freie Wahl des Arbeitsplatzes. Für den 1. Mai 1915 gaben sie die Empfehlung: keine Arbeitsruhe, dafür aber Erhöhung der nationalen Verteidigungsanstrengungen. Es zeigte sich, dass erhebliche Teile der Arbeiterschaft von der Kriegsbegeisterung mitgerissen wurden. Letztlich führte die Unterstützung der Kriegspolitik der Herrschenden zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Es war die oppositionelle Spartakusgruppe, die für den 1. Mai 1916 zur Maidemonstration in Berlin aufrief. Karl Liebknecht, sozialdemokratischer Abgeordneter und einer der Führer der Spartakusgruppe, rief den Berliner Arbeitern zu: „Nieder mit dem Krieg - Nieder mit der Regierung“. Er ging an der Spitze des Demonstrationszuges, als die Polizei mit Gewalt die Kundgebung auflöste. Karl Liebknecht wurde verhaftet und später wegen „Landfriedensbruch“ zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

In Erfurt unterstützte eine Gruppe von etwa 12 bis 13 Jugendlichen aus der Arbeiterjugend unter Leitung von Karl Reimann den Kampf um die Befreiung von Karl Liebknecht mit einer Flugblattaktion und trennte sich in diesem Prozess von der Erfurter Gruppe der Arbeiterjugend. Sie gab sich den Namen „Freie Jugend Erfurt“²³.

In den Jahren 1916 bis 1918 war es nur möglich, Maifeiern illegal durchzuführen. Zu diesen rief vor allem die Spartakusgruppe auf. Die Mehrheits-SPD wie auch die Gewerkschaften orientierten weiterhin am 1. Mai zu arbeiten.

II. Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse in den Jahren der Weimarer Republik

Die Standpunkte zur Gestaltung des 1. Mai waren auch nach Ende des Weltkrieges unversöhnlich. In der Nationalversammlung wurde am 14. April 1919 ein Gesetz diskutiert, wonach dieser Tag als Feiertag den Idealen des Arbeitsschutzes sowie des Weltfriedens gewidmet werden und ein Mittel zur Vereinigung und Zusammenführung des ganzen Volkes sein solle. Bei den Verhandlungen hatte die SPD dafür plädiert, aus dem Kampftag des Proletariats einen Volksfeiertag zu machen. Reichsminister Eduard David ging in seinen Ausführungen davon aus, dass die SPD auf diese Weise ihren Willen zur Klassenversöhnung dokumentieren könnte. Nach wie vor verstanden aber viele Unternehmer Maifeiern als Provokation. In der Nationalversammlung stimmten dann von 254 Abgeord-

²² Karl Liebknecht an das königl. Kommandanturgericht, 3. Mai 1916, in: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1969, S. 15

²³ GdStE, a.a.O., S. 354

neten 159 für den Antrag²⁴. Die sozialdemokratischen Führer und die der Gewerkschaft begrüßten das Gesetz. Es war aber letztendlich darauf gerichtet, dem 1. Mai seinen revolutionären Inhalt zu nehmen. Hatte zwar die Nationalversammlung den 1. Mai zum Feiertag erhoben, so konnten die Arbeiter diesen Feiertag nur begehen, wenn sie auf einen Tagesverdienst verzichteten oder einen Tag Urlaub nahmen.

Die Benennung des 1. Mai als Feiertag war aber lediglich auf das Jahr 1919 begrenzt. Als Begründung wurde angeführt, dass die längerfristige Gültigkeit Teil einer internationalen Lösung sein müsse und die gesetzliche Fixierung nach Friedensschluss in der Verfassung erfolgen solle. Die Bemühungen des ADGB²⁵, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag über 1919 hinaus zu sichern, blieben ohne Erfolg. In der Folge wurden die Gewerkschaften als Tarifvertragsparteien anerkannt und der Achtstundentag erfuhr gesetzliche Fixierung.

Die bürgerlichen Parteien argumentierten weiterhin, dass der 1. Mai als Feiertag einer einzelnen gesellschaftlichen Gruppe nicht allgemein verbindlich für die ganze Gesellschaft sein könne. Nach der in der Nationalversammlung geführten Aussprache vergingen nur wenige Wochen, da klärte die Konterrevolution in München die Machtfrage auf ihre Weise. Am 1. Mai 1919 drangen die aus allen Teilen Deutschlands kommenden konterrevolutionären Truppen in die vollständig eingeschlossene Hauptstadt der Münchener Räterepublik ein und hunderte Arbeiter, Soldaten und Intellektuelle wurden bestialisch ermordet²⁶. Angesichts dieses Erfolges der Konterrevolution versuchten die Führer der SPD es nicht noch einmal, den 1. Mai zum Nationalfeiertag erklären zu lassen. Den Versuch und Antrag, diesen Tag zum gesetzlichen „Feiertag der Arbeit“ zu erklären, lehnten die bürgerlichen Parteien geschlossen ab.

In Erfurt fand 1919 wieder eine Maidemonstration statt, die erste nach dem Weltkrieg. Es waren Massen auf den Beinen. Die große Mehrheit der Werktätigen demonstrierte unter den Losungen der SPD- und Gewerkschaftsführungen. Ein kleinerer Teil der Arbeiter demonstrierte unter Führung der KPD, die solche Losungen ausgegeben hatte wie: „Geht der Welt voran, wie die Russen, wie die ungarischen Brüder euch vorangegangen sind“²⁷. Unüberhörbar waren aber auch die Sprechchöre, die den Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg anklagten und die Bestrafung der Mörder forderten.

Ab 1920 gab es in mehreren Ländern des Reiches die Festlegung, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu begehen. Diese Festlegungen wurden aber Mitte der zwanziger Jahre wieder aufgehoben. In Erfurt wurde der 1. Mai 1922 zu einem mächtigen Bekenntnis zur Einheit der Arbeiterbewegung. Gefestigt durch die Kämpfe gegen die reaktionäre Kapp-Lüttwitz-Clique demonstrierten die Erfurter Arbeiter unter den Bannern der internationalen Arbeiterbewegung. An der Spitze des Zuges marschierten gemeinsam Vertreter der KPD, der SPD und der USPD. Trotz dieser öffentlich demonstrierten Gemeinsamkeit wurden jedoch zu Grundfragen von SPD und KPD unterschiedliche Standpunkte vertreten. So erhoffte die Mehrheit der Sozialdemokraten, gesellschaftliche Veränderungen auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Sie waren zu Kompromissen mit den Unternehmern bereit. Demgegenüber setzte die Linke der deutschen Arbeiterbewegung, die KPD, auf gesellschaftliche Umgestaltung. Das betraf die Übernahme der Produktionsmittel der Großindustrie und den Aufbau einer Räterepublik.

²⁴ Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919, Hrsg. Von Ed. Heilfron. Bd. 4. Berlin o.J..S.2561, 2571, 2583, 2584, 2586.

²⁵ Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

²⁶ Fricke, Dieter, a.a.O., S. 184

²⁷ Die Rote Fahne, 1. Mai 1919

Erich Weinert²⁸ fasste diesen Konflikt in einem Gedicht zusammen:

Sozialdemokratisches Mailedchen 1923

Stell auf den Tisch das Bild von Vater Bebel,
den Vorwärts, Jahrgang 13, hol herbei,
und klirre wieder mit dem Schutzmannssäbel
Wie einst im Mai!

Lies mir noch mal die alten Manifeste,
Der ersten Jugend holde Schwärmerei,
und reich mir wieder die gestrickte Weste
Wie einst im Mai!

Noch einmal sing die Internationale,
und macht nicht wieder solchen Krach dabei,
Und nicht mit so pathetischen Finale
Wie einst im Mai!

Noch einmal trägt die feierlichen Fackeln!
(Die Reichswehr mit Musik ist auch dabei.)
Wer weiß, ob uns nicht doch die Ärsche wackeln
dereinst im Mai.

Eine der wichtigsten Errungenschaften aus der Novemberrevolution war der Achtstundentag. Allerdings wartete das Monopolkapital nicht lange mit den Angriffen auf die Lebenslage der Werktätigen. Dem wurde die Reichsregierung mit dem Erlass einer „Arbeitszeitnotverordnung vom 21. Dezember 1923“ gerecht, die eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bis auf 10 Stunden und mehr zuließ. Damit stand für die Maikundgebungen der nächsten Jahre der Kampf um den Achtstundentag wieder auf der Tagesordnung.

Das Jahr 1924 stand ganz im Zeichen der Reichstagswahlen. Mit der Begründung „die Wahlatmosphäre nicht zu gefährden“ verbot der sozialdemokratische Politiker und preußische Innenminister, Karl Severing, die Maidemonstrationen. Dennoch kamen solche zustande. In Erfurt war die ganze berittene Polizei aufgeboten, um die von der Kommunistischen Partei angekündigte und organisierte Maidemonstration zu verhindern. Als sich die Arbeiter auf dem Platz der „Freien Turner“ (heute Johannesplatz) versammelten, stand dort die berittene Polizei in Bereitschaft. Mit der Absicht, die Menge auseinander zu treiben, drang die Polizei auf den eingezäunten Platz. Dabei wurden mehrere Arbeiter misshandelt und verletzt. Der Terror fand aber auch außerhalb des Geländes seine Fortsetzung, indem die Polizei Jagd auf Arbeitertrupps machte²⁹.

Nachdem kurz vor dem 1. Mai 1925 Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt worden war, standen vielerorts die Maidemonstrationen ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Kräfte der Reaktion und gegen die erkennbare Gefahr eines neuen Weltkrieges. Die Offensive des Großkapitals verstärkte sich national wie international immer mehr, wobei Massenaussperrungen zu einer beliebten Waffe wurden.

Zum 1. Mai 1926 bezogen die Belegschaften zahlreicher Betriebe sowie Erfurter Bürger

²⁸ Weinert, Erich: Proletarischere Schriftsteller (1890-1953) Sozialdemokratisches Mailedchen in: Das Zwischenspiel, Berlin, S. 34

²⁹ Zur Geschichte ...a.a.O., S. 8/9

entschieden Position gegen die Fürstenabfindung. In den Gewerkschaften waren lange Zeit die Nachwirkungen der Burgfriedenspolitik spürbar. So kam es, dass SPD, USPD und KPD jeweils eigene Aufrufe zum 1. Mai herausgaben und die Demonstranten dann oft getrennt marschierten. Gemeinsame Aufrufe und Demonstrationen, so wie in einer Reihe Thüringer Orte wie z. B. in Weimar, waren eher die Ausnahme. Betonten die Kommunisten beim 1. Mai vorrangig den Kampfcharakter, so hoben die Sozialdemokraten stärker den Fest- und Feiertag hervor.

Unterschiedliche Standpunkte zur Gestaltung des 1. Mai gab es auch bei den christlichen Gewerkschaften. Diese, Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet, nahmen bezüglich Streik, Arbeitsschutz und Arbeitszeit analoge Standpunkte wie der ADGB ein, lehnten aber die Demonstration als „marxistische Heerschau“ ab. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nahm unter den Losungen zum 1. Mai wieder die nach dem Achtstundentag einen zentralen Platz ein.

Der 1. Mai 1929 ist in die Geschichte der Arbeiterbewegung als Blutmai eingegangen. In diesem Jahr hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, die Demonstration verboten. Doch die Berliner Arbeiter entschieden sich gegen dieses Verbot. Die KPD verfasste dazu einen Aufruf. Gegen neun Uhr strömten über 200.000 Arbeiter, unbewaffnet, wie in dem Aufruf des Maikomitees gefordert, zu den Sammelplätzen. Überfallkommandos, Reiterstaffeln und Sonderdienste standen bereit und konzentrierten sich besonders vor Bahnhöfen, in Parkanlagen, an möglichen Stellplätzen und vor allem in den Arbeitervierteln. Zörgiebel hatte Schießbefehl erteilt. Aufforderungen von der KPD und auch von bürgerlichen Demokraten an Zörgiebel, das Demonstrationsverbot aufzuheben und solche an die Polizei, nicht zu schießen, fanden kein Gehör. Mit ungeheurer Brutalität ging die Polizei vor. Nun setzten sich auch die Angegriffenen zur Wehr. Ihre Waffen waren allerdings nur Fahnenstangen, Blumentöpfe, Flaschen u.a. „Wurfgeschosse“. 33 Tote³⁰, darunter ein Kommunist, zwei SPD-Mitglieder; ein Reichsbannerführer und ein USPD-Mitglied, viele Unbeteiligte, 300 z.T. schwer Verletzte und 1.228 Verhaftungen waren die Bilanz der Machtdemonstration des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. Die Zörgiebelhörige Presse verbreitete später die Lüge, die Demonstranten, vorgeblich Kommunisten, hätten das Feuer gegen die Polizei eröffnet. Untersuchungen ergaben dann aber, dass alle zu Tode gekommenen von Polizeikugeln getroffen worden waren. Erich Weinert schrieb dazu noch im gleichen Jahr die entlarvenden Worte:

„Und als man dann das Schlachtfeld besah,
Da waren viele Tote zu melden;
Und hundert Verwundete lagen da.
Da haben die Schupohelden
Den letzten Rest der Mannschaft gezählt,
Und siehe - kein einziger Schupo fehlt!
Hundert Proleten in einer Reih!
Von der Polizei
War keiner dabei!
Das war das Wunder vom ersten Mai.“³¹

Nach eigener Zählung betrug der Munitionsverbrauch der Zörgiebel-Polizei 10.981 Schuss. In Erfurt fanden 1929 zwei Demonstrationen statt, von denen eine unter Führung der Kommunistischen Partei stand. Auf dem Johannesplatz hatten sich tausende Arbeiter,

³⁰ Unterschiedliche Quellen sprechen von 28 bis 33 Toten

³¹ Weinert, Erich: a.a.O., Das Wunder vom 1. Mai 1929, S. 386

Frauen und Jugendliche formiert, wobei neben den Pels-Arbeitern und ihrem roten Betriebsrat weitere Betriebe geschlossen marschierten. Die Demonstration bewegte sich auf den Straßen der Stadt zum Friedrich-Wilhelm-Platz (heute Domplatz). Man trug Transparente mit revolutionären Losungen, darunter eine Fahne des „Vereins der alten Bolschewiki“. ³² Ein Transparent mit der Losung „Den 1. Mai in seinem Lauf - hält weder Ochs noch Zörgiebel auf“ wurde durch die Polizei beschlagnahmt, musste aber wegen anhaltendem Protest wieder zurückgegeben werden. Die „Gesetzhüter“ hatten allerdings den Namen Zörgiebel herausgeschnitten.

Als während der Abendveranstaltung, die in der „Harmonie“ (später Tivoli) stattfand, die Nachricht von dem Blutbad in Berlin bekannt wurde, löste das große Empörung unter den Erfurter Arbeitern aus. Es war die KPD, die sofort zu einer Protest- und Trauerkundgebung aufrief. Am Huttenplatz trafen sich tausende Arbeiterinnen und Arbeiter, die dann in Richtung Friedrich-Wilhelm-Platz marschierten, um ihre Empörung und ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Doch die Demonstranten waren noch nicht weit gekommen, da stürzten sich zwei Hundertschaften Schupos auf sie mit Gummiknüppeln und gezogenen Pistolen. Ziele der Prügel-Attacke waren außer den protestierenden Arbeitern das Zörgiebel-Transparent, das bewusst zertrümmert wurde. Es war allerdings eindrucksvoll, wie sich immer mehr Werktätige den Demonstranten anschlossen³³. Um die wahren Hintergründe und Verantwortlichen für den Berliner Blut-Mai in Thüringen nicht bekanntwerden zu lassen, erfolgte die Anweisung, die „Rote Fahne“, das Organ der Kommunistischen Partei vom 2. Mai, beschlagnahmen zu lassen. Diese Aktion hatte jedoch nur einen geringen Erfolg, da der Polizei lediglich 41 Exemplare in die Hände fielen, während der Großteil der Zeitungen schon an die Abonnenten ausgeliefert war.

Die Veranstaltungen zum 1. Mai fanden in den Jahren 1930 bis 1932 unter den Bedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise statt. Die revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung kämpften für die Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront. Der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, wandte sich auf der Maikundgebung an die deutschen Arbeiter und Werktätigen mit den Worten: „Die Stunde ist gekommen, wo ihr dem Faschismus eine einheitliche kämpfende Front entgegenstellen müsst, um ihm das verbrecherische Handwerk zu legen. Unser Appell ist gleichzeitig ein Appell zum gemeinsamen Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiterklasse (...) Revolutionärer Massenkampf in roter Einheitsfront ist unsere Losung“³⁴. Doch das Wirken der reformistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung und insbesondere auch die falsche These „die Nazis abwirtschaften lassen“ führten dazu, dass den Faschisten nicht der notwendige Widerstand entgegengesetzt wurde. Immerhin hatte Thüringen mit Dr. Wilhelm Frick den ersten Landesminister der NSDAP.

Die wirtschaftliche Lage war von deutschlandweit sechs Millionen Arbeitslosen gekennzeichnet, wobei 44 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. Die Machtbestrebungen der Faschisten bekamen immer deutlichere Konturen. In Erfurt waren die Veranstaltungen zum 1. Mai 1931 und 1932 gekennzeichnet von der Kampfbereitschaft der Arbeiter. Zehntausende Demonstranten füllten den Friedrich-Wilhelm-Platz und bekundeten ihren Willen zum Kampf gegen die verstärkte Unternehmeroffensive und die drohende faschistische Gefahr. Aber die Einheitsfront der Arbeiterklasse kam nicht zu-

³² Das Banner war von einer Moskauer Parteiorganisation der Bolschewiki als Kampfesgruß zum 1. Mai übermittelt worden.

³³ Zur Geschichte ...a.a.O.,S. 8/9

³⁴ Thälmann, Ernst: Kämpfende Einheitsfront gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. In: Über proletarischen Internationalismus, S. 152

stande. Der damalige Gauleiter der NSDAP von Berlin, Josef Goebbels, schrieb 1932 in sein Tagebuch „Die Roten demonstrieren wieder zum 1. Mai, aber das zieht nicht mehr. (..) Im nächsten Jahr werden wir es wahrscheinlich ihnen zeigen, wie so etwas gemacht wird“³⁵. Der wütende Terror der Nazi-Schläger von SA und SS hatte bereits eingesetzt.

Ein Telegramm vom 28. Januar 1933 von Gewerkschaftsverbänden an den Reichspräsidenten, in dem vor der Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung gewarnt wurde, blieb unbeachtet. Es drückte allerdings auch die illusionären Vorstellungen aus, von denen große Teile der Gewerkschaftsfunktionäre befallen waren. Der Vorsitzende der SPD, Otto Wels, berichtete dem Parteivorstand, dass aus Betrieben viele Nachfragen und Hinweise gekommen waren, wann zum Streik aufgerufen würde. Obwohl diese Hinweise nicht zu Konsequenzen führten, machten sie aber deutlich, dass an der Basis die sich anbahnende Gefahr, die von den Nazis ausging, besser erkannt wurde. Lediglich das Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Friedrich Stampfer, sprach sich für den Generalstreik und die Verständigung mit der KPD aus. Der am 1. März 1933 von der KPD unterbreitete Vorschlag zum Generalstreik und Massendemonstrationen gegen die faschistische Diktatur, wurden von den SPD- wie auch den Gewerkschaftsführern abgelehnt.

III. Der Missbrauch des 1. Mai durch den faschistischen Staat in Erfurt

Hatte es am 31. Januar 1933 in Erfurt noch eine große Demonstration mit abschließender Kundgebung für die Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront und zum Sturz der Hitlerdiktatur auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz gegeben, an der mehrere tausend Arbeiter beteiligt waren³⁶, so verbot der Erfurter Regierungspräsident schon am 1. Februar 1933 jegliche Kundgebungen und Versammlungen der Kommunisten unter freiem Himmel³⁷. Der an diesem 1. Februar 1933 von der SPD und der sozialdemokratisch geführten „Eisernen Front“ durchgeführten Demonstration schlossen sich dann zahlreiche KPD-Mitglieder an. Als am nächsten Tag KPD-, SPD- und Reichsbanner-Mitglieder versuchten, von Erfurt-Nord aus zur Innenstadt zu demonstrieren, wurden diese von einem großen Polizeiaufgebot immer wieder auseinander getrieben. In den folgenden Wochen gab es vereinzelt immer wieder Veranstaltungen, an denen sich KPD- und SPD-Mitglieder beteiligten, obwohl, wie bei den Veranstaltungen der KPD in der „Harmonie“ und im „Reichshallen-Theater“ am 8. Februar 1933 den Mitgliedern der SPD und des Reichsbanners die Teilnahme von ihren Vorständen untersagt worden war. Die Ende Februar 1933 in Erfurt von SA und SS gebildeten Schlägertrupps, „Hilfspolizei“ benannt, verstärkten gezielt den faschistischen Terror.

Trotz des ständig wachsenden Terrors erhielten bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Erfurt die KPD 18.679 und die SPD 12.397 Stimmen, das hieß zusammen 31.076 Stimmen (33,2 Prozent). Bei der am 11. März 1933 folgenden Wahl zur Stadtverordnetenversammlung, bekamen SPD und KPD zusammen 21.832 Stimmen (29 Prozent)³⁸. Diese Wahlergebnisse zeigten, dass die Möglichkeit bestand, im Zusammenwirken der Arbeiterparteien mit allen demokratischen Kräften eine antifaschistische Einheitsfront herzustellen.

Es war offensichtlich Verrat an der Sache der Arbeiterklasse, dass am Vorabend des 1. Mai 1933 die Führer des ADGB dazu aufgerufen hatten, an dem nazistischen „Tag der nationalen Arbeit“ teilzunehmen. In der Erklärung des Bundesvorstandes wurde ausge-

³⁵ Goebbels, Josef: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 90

³⁶ Thür. Volksblatt, 3. Februar 1933

³⁷ GdStE, a.a.O., S. 431

³⁸ Stadtarchiv (StAE), 1-2/042-3120, Aufstellung des Wahlamtes

sagt: „Wir begrüßen es, dass die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen ‚Feiertag der nationalen Arbeit‘, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat. (...) Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewusst demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden“³⁹. Ähnliche, aber entwürdigendere Standpunkte bezogen auch andere Gewerkschaftsorganisationen. So äußerten sich die Christlichen Gewerkschaften am 21. April 1933: der „Tag der nationalen Arbeit“ sei ein „hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass sich Hitler zum nationalen Volkstum bekennt“ und ihm die „die Würdigung des deutschen Arbeiters Herzenssache“ ist. Lediglich die RGO stand⁴⁰ solchen Haltungen ablehnend gegenüber.

Wie trügerisch die Haltung der ADGB-Führer war, zeigte sich bereits am 2. Mai 1933, als die freien Gewerkschaften verboten und die Gewerkschaftshäuser von SA und SS besetzt wurden. In Erfurt waren es mit Karabinern bewaffnete SA-Leute, die das Gewerkschaftshaus, das „Haus zum Regenbogen“, in der Johannesstraße Nr. 55 besetzten. Das gesamte Vermögen der Gewerkschaft wurde, wie zuvor schon bei der KPD und später auch bei der SPD, beschlagnahmt. Wie 44 Gewerkschaftsfunktionäre mit erhobenen Händen von SA-Schlägern durch die Stadt zum Petersberg in das Polizeigefängnis gebracht wurden zeigt, welche „Umgangsformen“ künftig praktiziert werden sollten. Das prinzipienlose Taktieren der führenden Gewerkschaftsfunktionäre konnte die Zerschlagung der freien Gewerkschaften nicht verhindern. An die Stelle der Gewerkschaften setzten die Faschisten die Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF). Die bewußtesten Arbeiter, Sozialdemokraten, Kommunisten und auch parteilose blieben trotz des brutalen Terrors der Sache der Arbeiterklasse treu.

Während der 1. Mai 1933 schon unter der „Volksgemeinschaft“ der Nazis stattfand, traten die in Erfurt Verhafteten in den Konzentrationslagern auf dem Petersberg, in der Feldstraße und auch im Gefängnis aus Protest in den Hungerstreik.

Welche große Bedeutung die Nationalsozialisten selbst dem 1. Mai beimaßen, geht aus einer Niederschrift von Josef Goebbels hervor, der am 13. April 1933 notierte: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. (...) Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben. Aber dann gehören sie uns. Man darf hier keine Rücksicht mehr kennen“⁴¹. Teil dieses Konzepts war auch, dass Hitler im April 1933 den 1. Mai zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärt hatte. Mit dieser „Umbenennung“ des höchsten Feiertages der Arbeiter wurde diesem gezielt der revolutionäre Charakter genommen, die sogenannte Volksgemeinschaft an die Stelle des Kampfes für die Ziele und Interessen der Werktätigen gesetzt, große Teile der deutschen Arbeiterklasse in ihrem politischen Bewusstsein eingeschläfert und so vom Kampf gegen Faschismus und Krieg abgehalten.

Es gehörte überhaupt zur Praxis der Nazis, Teile der Arbeiterkultur zu missbrauchen und Symbole der Arbeiterbewegung entstellt für ihre Zwecke zu nutzen. Beginnend bei dem Namen der Partei, über die Grundfarbe der Fahne, das Unterlegen nazistischer Texte bei Arbeiterliedern oder die Übernahme von Symbolen der Arbeiterbewegung für Motive wie Hammer, Sichel, Pflug oder auch arbeitende Menschen. In den Betrieben wurde das Führer-Gefolgschaft-System eingeführt. Die staatlichen Behörden, die früher bei Demonstrationen der Arbeiter eingegriffen hatten, waren es nun, die Maibäume aufstellen ließen und die Hakenkreuzfahnen auf öffentlichen Gebäuden hissten. Heimlich trafen sich aber

³⁹ Ruch, Werner: Vor 70 Jahren, 1. Mai und die Zerschlagung der Gewerkschaften; in: ND 26/27. April 2003

⁴⁰ Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation (oder auch) Rote Gewerkschaftsopposition

⁴¹ Goebbels, Joseph:a.a.O., S. 299

kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter, meist in kleinen Gruppen. Sie blieben den offiziellen Maifeiern fern und feierten in der Illegalität den Tag der internationalen Arbeiterklasse. Wenn jedoch die Polizei Kenntnis von solchen Treffen erhielt, folgten Verbote und hohe Gefängnisstrafen.

Erfurt wurde schrittweise in die anwachsende Rüstungsproduktion einbezogen. Obwohl der Widerstand gegen die Naziherrschaft und die Kriegsvorbereitung in Erfurt im Vergleich zu anderen Gebieten Deutschlands relativ gering war, gab es neben aktiven illegalen Kommunisten und Sozialdemokraten u.a. eine Gruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ehemalige Gewerkschafter aus etwa 25 Personen, die die über die Grenze geschmuggelte Zeitung „Die Aktion“ in Erfurt verteilten⁴². Mit Beginn des 2. Weltkrieges war dann ab 1940 die Zeit der faschistischen Großkundgebungen zum 1. Mai vorbei.

IV. Die Wiedergeburt des 1. Mai in Erfurt. Für Frieden, Demokratie und Solidarität in einer Großstadt der DDR

Mit der Befreiung des deutschen Volkes vom barbarischen Hitlerfaschismus durch die Antihitlerkoalition standen in Deutschland wichtige Aufgaben im Vordergrund. Das waren die Organisation der antifaschistischen Umgestaltung des Landes, der Wiederaufbau, die Versorgung der Bevölkerung und vieles mehr. Die antifaschistischen Parteien wie auch die Gewerkschaften mussten sich selbst erst organisieren. Den 1. Mai hatten da die politischen Aktivisten in Erfurt noch nicht im Blick. Allerdings begingen wenige Kilometer von Erfurt entfernt auf dem Buchenwald die ehemaligen Häftlinge, die sich am 11. April 1945 selbst befreit hatten, den 1. Mai in eindrucksvoller Weise. Mit einer Demonstration auf dem Appellplatz, dem Absingen alter Kampf- und Arbeiterlieder in vielen Sprachen und mit Nachmittags- und Abendveranstaltungen der einzelnen Nationen, wurde der Tag abgeschlossen⁴³. In den Westzonen war auf Anweisung der Amerikanischen Militärbehörden politische Betätigung untersagt⁴⁴, während entsprechend dem Befehl 2 der SMAD⁴⁵ vom 10. Juni 1945 dieser, die politische Betätigung demokratischer Parteien und Organisationen sowie der Gewerkschaften in der Ostzone erlaubte.

Der Gründungsaufruf vom 1. Juni 1945 war die Geburtsurkunde der neuen freien Gewerkschaften für ganz Deutschland. Er war zugleich das Ergebnis kritischer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Einige Teilnehmer an der Ausarbeitung des Aufrufes, unter ihnen Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, hatten allerdings die Meinung vertreten, dass es nicht notwendig sei, die Vergangenheit kritisch einzuschätzen. Dabei wandten sie sich auch gegen die Formulierung, dass der Aufruf der Führung des ADGB, am 1. Mai 1933 an den Nazi-Kundgebungen teilzunehmen, Verrat an der Arbeiterklasse war.

Die SMAD übertrug in der Ostzone, so auch in Erfurt, in den staatlichen und wirtschaftlichen Bereichen jenen Persönlichkeiten Leitungsverantwortung, die sich in der NS-Zeit antifaschistisch verhalten und auch solchen, die aus der Arbeiterbewegung kommend antifaschistischen Widerstand geleistet hatten.

Der Kontrollrat⁴⁶ bestätigte im April 1946 den 1. Mai als Feiertag. In der amerikanischen

⁴² GdStE, a.a.O., S. 447

⁴³ Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung S. 565 ff.

⁴⁴ GdStE, a.a.O., S 466

⁴⁵ Sowjetische Militäradministration in Deutschland

⁴⁶ Alliiertes Kontrollrat, Organ der USA, UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs ab Mai 1945 in Deutschland

Zone war allerdings das Zeigen und Tragen von Transparenten und Fahnen durch die Militärbehörden untersagt⁴⁷. Mit Befehl 56 der SMAD vom 17. Februar 1946 wurde der achtstündige Arbeitstag oder die 48-stündige Arbeitswoche für alle Arbeiter und Angestellten in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands eingeführt⁴⁸.

Der 1. Mai 1946 nahm insgesamt einen besonderen Platz ein, war dieser internationale Kampf- und Feiertag doch zwölf Jahre lang zuvor durch das Hitlerregime missbraucht worden. Im „Neuen Deutschland“ wurde das zu Recht als „Wiedergeburt des 1. Mai“ bezeichnet. In den Erfurter Betrieben war die Forderung der Werktätigen weit verbreitet, die Fehler von vor 13 Jahren nicht zu wiederholen, wo die Arbeiterschaft in Parteien gespalten und bei der Maidemonstration getrennt marschierte. Die Leitungen der SPD und der KPD Thüringens hatten schon vor April festgelegt, keine neuen Mitglieder aufzunehmen. Die Aufnahme sollte am 1. Mai in die dann einheitliche Partei erfolgen⁴⁹. Die Vereinigung von SPD und KPD fand in Thüringen am 6. April 1946 in Gotha und am 21. und 22. April 1946 in Berlin statt.



Plakat von 1946 - Einheit Demokratie Aufbau

Deutschlandweit wurde dann der 1. Mai 1946 in der Einheit von Demonstration, Kundgebung und Feier gestaltet. Offiziell erfolgte die Bewertung als die machtvollsten Maiveranstaltungen, die von der deutschen Arbeiterklasse seit 1890 durchgeführt wurden.

In Erfurt waren es immerhin 100.000 Werktätige, die an der, wie eingeschätzt wurde, größten Demonstration in der Geschichte der Stadt teilnahmen. Von insgesamt acht Sammelplätzen aus, die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre fungierten als Ordner, zogen die Demonstranten zum Domplatz. Der Tradition folgend wurden Fahnen der Arbeiterbewegung, Losungen sowie Transparente mitgeführt. Wie die Ausgestaltung des Stadtgebietes, so stand auch die Demonstration ganz im Zeichen der Einheit der Arbeiterklasse. An der Spitze der Demonstration in Erfurt gingen die Vertreter der antifaschistischen Parteien, unter ihnen die paritätischen Vorsitzenden der SED-Stadtparteiorganisation Franz Hirsch, ehemals SPD, und Fritz Gäbler, ehemals KPD. Auf dem Domplatz sprach dann Werner Eggerath, einer

der zwei Landesvorsitzenden der SED, der später zum Ministerpräsidenten des Landes Thüringen gewählt wurde. Seine Ausführungen galten der jüngsten Vergangenheit sowie

⁴⁷ Geschichte des 1. Mai: vom Kampftag zum Feiertag

⁴⁸ Die Freie Gewerkschaft, Februar 1946

⁴⁹ Annweiler, Änne: Zur Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in Thüringen 1945-46, in: Beiträge zur Geschichte Thüringens, 1978, S. 130 ff.

der Zukunft. Sie bezogen sich auf die Bedeutung des 1. Mai nach 12 Jahren Hitlerfaschismus und nach einem Jahr des demokratischen Aufbaus. Blaskapellen intonierten die über viele Jahre verbotenen Arbeiterlieder und hatten so Anteil an der insgesamt optimistischen Stimmung der Kundgebungsteilnehmer. Viele Demonstranten trugen die rote Mainelke und das Maiabzeichen am Revers. Letzteres war eine Pappplakette von 40 mm Durchmesser. Auf ihr waren die Jahreszahl 1946 sowie die Gewerkschafts- und die Maiinsignien abgebildet.

In den folgenden Jahren 1947, 1948 und 1949 wurden in den verschiedenen deutschen Ländern unterschiedliche Maiabzeichen ausgegeben. Von 1950 bis 1962 gab es in der DDR einheitliche Maiabzeichen, deren Gestaltung sich jeweils auf aktuelle politische Anlässe bezog. So war es u.a. 1950 der 60. Jahrestag der internationalen Maifeier, 1954 der Kampf um die Einheit Deutschlands und den Frieden und 1955 der zweite Fünfjahresplan der DDR. Insgesamt war die Kundgebung 1946 auf dem Domplatz eine Willenskundgebung, nach mehr als 30-jährigem Bruderkrieg die Einheit der Arbeiterklasse wieder zu festigen und zu vertiefen. Das hatte auch deshalb besondere Bedeutung, da die Zahl der Veteranen noch groß war, die die Zeiten persönlich erlebt hatten, in denen die Machtorgane des kapitalistischen Ausbeuterstaates am 1. Mai vor blutigen Attacken gegen die Demonstranten nicht zurückschreckten und SPD und KPD auch noch getrennt marschierten. Jetzt aber demonstrierten mit den Werktätigen auch die klassenbewussten Arbeiter in der Uniform der Volkspolizei. In das Bekenntnis der Demonstranten zur antifaschistisch demokratischen Umgestaltung flossen auch Elemente ein wie das Bündnis mit der Bauernschaft, die Gleichberechtigung der Frau und die Verwirklichung der vier Grundrechte der jungen Generation, die die einige Wochen zuvor am 7. März gegründete einheitliche Jugendorganisation, die FDJ, aufgestellt hatte. Diese und die folgenden Maifeiern fußten auf den Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung. Hatte doch schon Rosa Luxemburg den 1. Mai als „ein lebendiges historisches Stück des internationalen proletarischen Klassenkampfes“ bezeichnet, in dem sich „alle Phasen, alle Momente“ des Kampfes widerspiegeln. „Äußerlich genommen ist es immer dieselbe monotone Wiederholung gleichlautender Forderungen und Resolutionen (...) Allein unter der äußerlich gleichen Erscheinungsform birgt die Maifeier in sich den wechselnden Puls des proletarischen Klassenkampfes, sie lebt zusammen mit der Arbeiterbewegung und verändert sich daher mit ihr, gibt in dem eigenen Ideengehalt, in der eigenen Stimmung die wechselnden Situationen des Klassenkampfes wieder“⁵⁰.

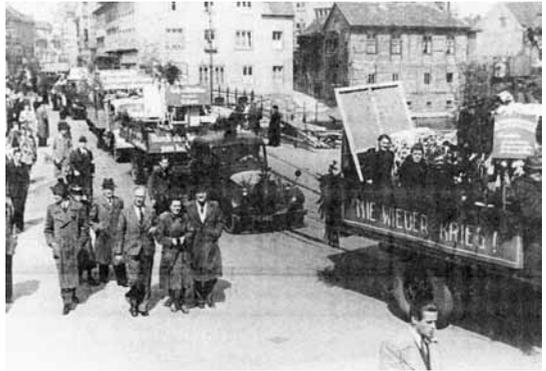


In der Ostzone und später in der DDR schlossen das aktuelle Anlässe und Vorgänge, wie auch soziale Fragen und nicht zuletzt Arbeitsergebnisse in den Betrieben und Einrichtungen ein. In den Jahren nach 1946 wurden die Demonstrationen in Erfurt immer wieder genutzt, um über das Erreichte bei der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung zu berichten. Das waren u.a. die entschädigungslose Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Faschisten, die Umwandlung des „Olympia“-Büromaschinenwerkes, des

⁵⁰ Fricke, Dieter in: Roter Kampfmai für Frieden, Sozialismus und internationale Solidarität in der DDR

„Telefunken“-Werkes und der Maschinenfabrik „Henry-Pels & Co“ in SAG-Betriebe⁵¹, die Selbstverwaltung einiger Betriebe und deren Produktionsergebnisse, die schrittweise Verwirklichung der Schul- und demokratischen Bodenreform, wie auch das feste Bündnis von Stadt und Land.

Unüberhörbar und wiederholt wurde der Ruf nach Herstellung der Einheit Deutschlands erhoben und entsprechende Losungen auf Transparenten und Spruchbändern in den Umzügen getragen. So bildete 1948 die Kundgebung zum 1. Mai auf dem Domplatz in Erfurt den Auftakt für das am 23. Mai 1948



Maidemonstration 1949 – Schlösserbrücke

beginnende Volksbegehren zu einem Volksentscheid für die Einheit Deutschlands. In den Monaten Mai und Juni zeichneten sich 121 690 Erfurter Bürger, das waren 94,64 % der Einwohner, in die Listen ein. Auch die Erfurter Stadtverordnetenversammlung sprach sich für das Volksbegehren und gegen die Spaltung Deutschlands aus. Diese Initiativen fanden jedoch bei den regierenden Kreisen in den Westzonen keine Partnerschaft, wurde doch auch mit der Wahl Adenauers am 15. September 1949 zum Bundeskanzler, schon die separate Staatsbildung bekräftigt und eine erkennbare Westbindung angestrebt. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfolgte am 7. Oktober 1949 die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

**Aufmarschplan
zum 1. Mai 1948**

Am 1. Mai sammeln sich die Arbeiter und Angestellten, Kolonnen und Kollegen um 8.00 Uhr in ihrem Bereich. Abmarsch aus dem Bereich um 8.15 Uhr.
Die Gewerkschaftskolonnen sind Besondere auf die Ordnung verpflichtet u./a. der Zug geschlossen zu den Sammelplätzen und zur Großkundgebung auf dem Domplatz zu führen. In den Zügen sind Transparente mit den entsprechenden Losungen mitzuführen.

Sammeplätze mit Aufmarschplan

Stellplatz	Marschweg
Stadteil I, Weingarten	Mühlänge – Michaelis – Alteschlagert – Martin – Domplatz
Stadteil II, Hornplatz	Johannsen – Anger – Hans-Joh. Str. – Rabau – Mark – Domplatz
Stadteil III, Leipziger Platz	Kilometer – Anger – Meines-Eckhart-Str. – Pauler – Kettner – Dompl.
Stadteil IV, Giesweg/Waldhorner (Zander)	Bahnhof – Anger – Brunnen – Hirschgraben – Reppinger – Lange Straße – Steinweg – Domplatz
Stadteil V, Bucherstraße (Diana Schell)	Aussicht Str. – Löbstedt – Neuplatz – Rathaus – Reppinger – Hülshaus – Fischerweg – An der Grotte – Domplatz
Stadteil VI, Karl-Maria-Platz	Lohrstr. – Mühlengraben – Bogen – Brühlchen – Mannsgraben – Damm – Domplatz
Stadteil VII, Mühlengraben	Mühlgr. – Neuhäuser Str. – Antonien – Domplatz
Stadteil VIII, Bierweg/Leipziger Platz	Bierweg – Wallauer Allee – Magdeburger Str. – Johannsen – Antonien – Michaelis – Reppingerweg – Domplatz

Der Rückmarsch soll nach Möglichkeit an der Außenbahn erfolgen
Die Großkundgebung auf dem Domplatz beginnt pünktlich um 10 Uhr

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
Orts- und Kreisvorstand Erfurt
Malkowitz

Die Volkskammer beschloss in ihrer konstituierenden Sitzung das „Gesetz über die Verfassung der DDR“. Ein Entwurf hatte seit November 1946⁵² zur Diskussion gestanden, war von einer gesamtdeutschen Perspektive ausgegangen und sah keine Oststaatsbildung vor. Mit Artikel 16 der DDR Verfassung wurde der 1. Mai als „Tag der Arbeitsruhe“ unter den Schutz des Gesetzes gestellt und

war so nicht mehr Teil einer Gegenkultur bzw. Gegenöffentlichkeit der Arbeiterbewegung. Die unterschiedliche politische Entwicklung der beiden deutschen Staaten BRD und DDR wirkte sich auch bei der Gestaltung des 1. Mai aus. Insbesondere betraf das die politischen Inhalte und in Abhängigkeit davon die Wirksamkeit in der Öffentlichkeit. * (Abb. 19) Als sich Anfang der fünfziger Jahre die Auswirkungen des kalten Krieges verschärften und immer spürbarer wurden, fanden das Bekenntnis zur Erhaltung und Sicherung des

⁵¹ Sowjetische Aktiengesellschaft

⁵² Entwurf einer Verfassung für die DDR. Beschluss einer außerordentlichen Tagung des Parteivorstandes der SED am 14. 11. 1946 in Berlin; Verlag JHW Dietz Nachf. Berlin



Kundgebung am Domplatz 1950

Friedens und die Ablehnung jeglicher Kriegsabenteuer wie auch die Forderungen nach Abschluss eines Friedensvertrages sowohl in den Losungen, wie auch der Gestaltung der Demonstrationzüge zum 1. Mai ihren Niederschlag. So nahm auch 1950 die Zustimmung zum „Stockholmer Appell“⁵³ für das Verbot der Atomwaffen einen bedeutenden Platz in den Erfurter Demonstrationen ein. Diese Forderungen entsprachen voll den Überzeugungen der großen Mehrheit der Erfurter Demonstranten und Bürger. Der Weltgewerkschaftsbund (WGB) unterstützte den „Stockholmer Appell“ im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag des 1. Mai und forderte alle Arbeiterinnen und Arbeiter auf, sich an dieser Unterschriftensammlung zu beteiligen. Die DDR zeigte mit dieser Aktion vor der ganzen Welt, dass ihre Staatsdoktrin der Frieden ist. Es war letztlich auch symbolisch, dass die Regierung der DDR am 1. Mai 1950 das „Gesetz der Arbeit“ in Kraft setzte, war es doch der 60.

Jahrestag der Wiederkehr des internationalen Kampf- und Feiertages der Arbeiterklasse. Mit dem Arbeitsgesetzbuch wurde den Werktätigen der DDR das Recht auf Arbeit gesichert, eine den Leistungen entsprechende Entlohnung sowie die Gleichberechtigung der Frauen verankert und die Rechte der Gewerkschaften in den Betrieben und in der Gesellschaft erweitert.

Am Vorabend des 1. Mai 1951 trat das sowjetische Gesangs- und Tanzensemble „Moissejew“ vor 40 000 begeisterten Erfurtern auf.

Der kalte Krieg ging auch an der westdeutschen Arbeiterbewegung nicht spurlos vorbei. Die Gewerkschaft reagierte darauf unmissverständlich mit der Maiparole „Wiedervereinigung ohne Waffen“ an diejenigen, die die Ergebnisse des 2. Weltkrieges revidieren wollten. Immer wieder wurden in der BRD durch die Gewerkschaften der Wille und die Forderung nach Frieden, Völkerverständigung und Entspannungspolitik in die Losungen zum 1. Mai aufgenommen. In diesen Grundforderungen stimmten die Gewerkschaften beider deutscher Staaten überein.



Als die UdSSR am 1. Januar 1954 die restlichen 33 SAG-Betriebe der DDR übergab, war darunter auch das Erfurter Werk für Pressen- und Scherenbau „Henry Pels“, ein Betrieb auf einem hohen technischen Niveau⁵⁴. Dieser Akt zugunsten des Volkseigentums und der Verstärkung der ökonomischen Basis der Stadt fand dann am 1. Mai sowohl in der

⁵³ Appell des Weltfriedenskongresses von Stockholm zur weltweiten Unterschriftensammlung für das Verbot der Atomwaffen. In der DDR unterschrieben bis 1. Mai mehr als die Hälfte der Einwohner vieler Orte den Appell, bis Ende Juni 1950 waren es 91,3 % der Bürger der DDR

⁵⁴ Zieseniß, Wilhelm: Ein Erfurter Repräsentant auf dem Weltmarkt

Rede wie auch im Festumzug die entsprechende Würdigung.

Der 1. Mai war nach 1946 als internationale Manifestation vorwiegend in den Reden, Losungen und in den Demonstrationen mit den Gedanken der internationalen Solidarität und der Völkerverständigung verbunden und dargestellt worden. So verstärkten sich mit den

Jahren auch direkte persönliche Kontakte. Delegationen aus der UdSSR, aus den volksdemokratischen-, den sozialistischen u.a. befreundeten Staaten sowie auch des WGB wurden zur Normalität und konnten auf den Ehrentribünen begrüßt werden.

War der Aufbau des Sozialismus ein Ziel, das die Arbeiterbewegung schon von den Anfängen her anstrebte, so beschloss die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, in der DDR mit dem Aufbau der Grundlagen des Sozialismus zu beginnen. Unmittelbar nach dieser Beschlussfassung rief der Bundesvorstand des FDGB alle Mitglieder auf, diese „zur Grundlage der gesamten weiteren Arbeit zu machen“. Weiter wurde gesagt: „In der Deutschen Demokratischen Republik wird der Aufbau des Sozialismus



Frieden und Sozialismus – 1. Mai 1951

durch die Erfüllung der Wirtschaftspläne zum Wohlstand aller Werktätigen führen. Die Gewerkschaften sind daher bewusst und aktive Erbauer des Sozialismus, der unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands errichtet wird“⁵⁵.

Das Gesicht der Erfurter Maifeiergestaltung veränderte sich in dem Maße, wie entsprechend den ökonomischen Aufgabenstellungen sich der sozialistische Aufbau vollzog und das Leben schrittweise bereicherte. Die Spitze der Demonstration bildete lange Jahre ein Block roter Fahnen der Arbeiterbewegung und DDR-Fahnen. Dem folgten dann 1000 Aktivisten, die am Vorabend des 1. Mai ausgezeichnet worden waren. In den folgenden Jahren hatte am Vorabend des 1. Mai auch immer schon die Aufstellung des Maibaumes auf dem Domplatz, vorwiegend durch Feuerwehr und FDJ, stattgefunden. An dem Tag danach demonstrierten dann alljährlich 100 000 und mehr Erfurter Werktätige sowohl aus den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft, aus den Einrichtungen der Kultur, Bildung und des Gesundheitswesens, der Schulen und anderer staatlicher Einrichtungen sowie von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) und Betrieben mit staatlicher Beteiligung. In eigenständigen Blocks kamen dann die FDJ, die vielfältigen Disziplinen des DTSB, die Feuerwehr, die GST, das DRK und den Abschluss bildeten nach 1953 meist Hundertschaften der Kampfgruppen⁵⁶. In den ersten Jahren hatte der Weg der Demonstrationen durch die Straßen der Stadt zum Domplatz geführt, wo mit einer Festrede die Kundgebung abschloss.

Ab den siebziger Jahren leitete dann die per Lautsprecher zu den Stellplätzen übertragene

⁵⁵ Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des FDGB 1950-1954, Berlin (1955) S. 329

⁵⁶ FDJ – Freie Deutsche Jugend/ Jugendorganisation, DTSB – Deutscher Turn- und Sportbund der DDR, GST – Gesellschaft für Sport und Technik, Kampfgruppen – bewaffnete Organe der Arbeiterklasse der DDR in den Betrieben, Genossenschaften und Verwaltung seit 1953

Rede die Demonstration ein, die zum Juri-Gagarin-Ring führte. Vor dem Gewerkschafts- haus waren beidseitig der Straße Tribünen aufgebaut, auf denen jeweils Ehrengäste in großer Zahl Platz nahmen. Dazu gehörten leitende Vertreter der SED, der Blockparteien und der Nationalen Front des Bezirkes und der Stadt. Hinzu kamen regelmäßig Werktätige, die hervorragende Leistungen erreicht hatten, Aktivisten, weitere Vertreter des öffentlichen Lebens sowie Arbeiterveteranen. Die Ansprache wurde im Wechsel von dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung bzw. dem Vorsitzenden des FDGB-Bezirksvorstandes gehalten. Über Mikrofonansprache erfolgte die Begrüßung der an den Tribünen vorbeiziehenden Demonstranten sowie deren Betriebe und Einrichtungen. Besondere betriebliche, kollektive und auch individuelle Leistungen erfuhren mit namentlicher Hervorhebung öffentliche Würdigung. Das war allerdings bereits schon am Vortag in der Tagespresse erfolgt. Außer der Anerkennung besonderer Leistungen einzelner Werktätiger, Kollektive und Betriebe sowie Einrichtungen wurden in den Demonstrationssägen auch Informationen vermittelt, die für Erfurt gesamtgesellschaftliche Bedeutung hatten. Mit Tafelbildern, großformatigen Texten wie übersichtlichen Statistiken, die meist auf Fahrzeugen angebracht waren, wurde u.a. informiert über

- die Überwindung von Kriegsschäden,
- die Gewährleistung der Bildung ohne Ansehen der sozialen Herkunft, die besondere Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder; die Eröffnung der Pädagogischen Hochschule 1956; die Einführung der Zehnklassenschule ab 1. September 1959 in Erfurt,
- den Ausbau des Gesundheits- und Sozialwesens ohne Trennung von arm und reich mit den Schwerpunkten: Polikliniken, Hausärzte, Gemeindegewerkschaften; Eröffnung der Medizinischen Akademie 1954
- die Steigerung der Buchausleihe allein der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek (WAB), neben dem Netz der übrigen staatlichen und Gewerkschaftsbibliotheken von 42 061/1961 auf 545 500/1970,
- die Einführung der Großblockbauweise 1961; den Wohnungsbau, durch den u.a. von 1971 bis 1977 ca. 35 000 Bürger mit 10 231 Wohnungen versorgt wurden

Neben diesen Komplexen nahmen besondere Anlässe auch einen entsprechenden Platz in der Mai-Demonstration des jeweiligen Jahres ein, wie

- der Auftakt zum Nationalen Aufbauwerk (NAW) in Erfurt durch den Oberbürgermeister Georg Boock am 21. Februar 1953
- die Eröffnung des Thüringer Zooparks 1959
- die Aufnahme des Kampfes um den Ehrentitel „Brigade der sozialistischen Arbeit“
- Aufbau einer Ausstellung der Produktionserzeugnisse von Erfurter Betrieben, wie Schuhfabrik „Paul Schäfer“, EVA, Thüringer Bekleidungswerk, Erfurter Konfektion u.a.
- der Zusammenschluss aller großen Gärtnereien von Erfurt zu Genossenschaften (GPG)
- die Eröffnung der internationalen Gartenbau-Ausstellung (iga) am 28. April 1961 mit 54 ha gärtnerisch gestalteter Fläche
- die abgeschlossene Traktionsumstellung der Reichsbahnstrecke Neudietendorf – Apolda 1961

- der Ertrag von 92 % der Blumensamen- und rund 22,5 % der Blumenkohlproduktion der DDR von Erfurter Feldern (1970)

Die Maidemonstration hatte so auch die Aufgabe, die Bürger über die erbrachten Leistungen und die damit erreichten Ergebnisse in ihrer Heimatstadt zu informieren. Die Kombinate, die dann Anfang der siebziger Jahre in Erfurt ihren Sitz hatten, wie das Kombinat Funkwerk (1969), das sich Jahre später (1978) zum Kombinat Mikroelektronik entwickelte, das Thüringer Bekleidungskombinat (1969), oder das Kombinat Umformtechnik (1970)⁵⁷ stellten zu den Demonstrationen anschaulich und eindrucksvoll ihre Entwicklung und Leistungen dar. Vereinzelt fanden aus Anlass und zu Ehren des 1. Mai, wie 1964 und 1974, außerhalb der Demonstration Militärparaden der NVA statt.



Junge Vietnamesen im Demonstrationszug – 1989

Mitte der siebziger Jahre kamen zunehmend ausländische Bürger in die DDR. So auch nach Erfurt. Ursache dafür war einerseits internationales Geschehen und andererseits lagen den Staatsverträge zugrunde. Es kamen Chilenen, die vor dem Terror der Pinochet-Militärjunta aus ihrem Heimatland fliehen mussten und die als Emigranten solidarisch in der DDR aufgenommen wurden. Mit einer größeren Zahl von Staaten gab es aber Abkommen, auf deren Grundlage Bürger dieser Länder, die zur Berufsausbildung oder zum Studium in die DDR kamen, um diese Kenntnisse dann zum Wohle ihrer Heimatländer einsetzen zu können. Es waren Werktätige aus Vietnam, Kuba, Algerien, Angola, Syrien, Mocambique und Polen. Sie nahmen im Rahmen ihrer Betriebe oder Einrichtungen am 1. Mai auch an den Demonstrationen, den Kundgebungen und natürlich auch an den öffentlichen, wie auch den betrieblichen Veranstaltungen an den Nachmittagen und Abenden teil. Zu den Betrieben und Einrichtungen, in denen diese ausländischen Werktätigen tätig waren, gehörten unter anderem VEB Funkwerk, VEB Schuhfabrik „Paul Schäfer“, VEB Umformtechnik „Herbert Warnke“, VEB Bau- und Montagekombinat, VEB Bekleidungskombinat Erfurt, Deutsche Reichsbahn Erfurt und die Ingenieurschule für Bauwesen und Gartenbau. Von den Fenstern ihrer Wohnungen oder auch Heime zeigte ein Teil dieser Werktätigen zu Ehren des 1. Mai die Landesflaggen ihrer Nationalität. In dem Verhältnis, das deutsche Werktätige vielfach mit den ausländischen Werktätigen entwickelten, zeigte sich auch gelebter Internationalismus. Durch den FDGB wurden in diesem Zusammenhang verstärkt Solidaritäts-Spendenmarken herausgegeben, wobei es neben neutral gestalteten insbesondere auch solche für Vietnam, Chile und Kuba ausgewiesen gab. Traditionell war die Friedenssicherung und –erhaltung auch über Jahrzehnte hinweg nach 1945, ein Bestandteil der Losungen, der Reden wie auch der Texte auf Transparenten zum 1. Mai.

Es entsprach in den letzten Jahrzehnten dem Bekenntnis und der Überzeugung offen-

⁵⁷ GdStE a.a.O., S. 548 ff.

sichtlich der Mehrzahl der Demonstranten die zum 1. Mai durch die Straßen Erfurts zogen, sich für die Erhaltung und Sicherung des Friedens deutschlandweit und im Weltgeschehen einzusetzen. Das zeigte sich bereits u.a. 1950 in dem Bekenntnis der Erfurter Demonstranten zum Stockholmer Appell für das Verbot der Atomwaffen und später in den Protesten 1955 gegen die Pariser Verträge⁵⁸ und 1980 gegen die NATO-Raketenbeschlüsse⁵⁹

In den 80er Jahren schlugen sich die Aktivitäten im Friedenskampf in der als Losung formulierten Forderung nieder, dass „von deutschem Boden kein Krieg ausgehen darf“. Es ist hier die vorausschauende Feststellung angebracht, dass die NVA der DDR bis zum Ende ihres Bestehens diesem Grundsatz treu geblieben ist.

Die Durchführung des 1. Mai folgte in Erfurt in den achtziger Jahren dem seit Jahrzehnten praktizierten Ritual als internationaler Kampf- und Feiertag. Das entsprach auch den Grundüberlegungen der Gründungsväter und Gründungsmütter aus dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Immer gab es eine freundschaftliche und solidarische Gemeinsamkeit mit ausländischen Bürgern und Sozialisten, die sich mit Grüßen und persönlicher Anwesenheit dazu bekannten. In diesen Jahren sprach zu den Teilnehmern der Kundgebung in der Regel der Vorsitzende des Bezirksvorstandes des FDGB. Unter den internationalen Ehrengästen auf der Tribüne war über mehrere Jahre der kommandierende General des mit dem Lenin-Orden ausgezeichneten Garde-Großverbandes der Sowjetarmee Nohra und 1984 auch der Vertreter der französischen Gewerkschaft CGT. Den Hauptgedanken aller Teilnehmer entsprechend erfolgte in den Jahren zum Auftakt des 1. Mai der Start mehrerer hundert Friedenstauben. Danach ertönten in der Regel ein Fanfarensignal und Böller. Darauf folgte die Rede, der sich die Demonstrationen mit meist mehr als 120.000 Werktätigen anschlossen.

Die Ausgestaltung der Festwagen, der Transparente und Plakate durch die Betriebe und Einrichtungen in den jeweiligen Abschnitten der Demonstrationen waren grundsätzlich von Erfolgsberichten und dementsprechenden Zielstellungen bestimmt. In der Demonstration 1981 wurden 65 Ehrenbanner mitgeführt, die Kollektive für hervorragende Arbeit erhalten hatten, und ein Transparent informierte darüber, dass über 2 000 Kollektive- und Einzelverpflichtungen vorliegen. 1984 trugen u.a. ausgewählte FDJler des Patenregiments die NVA Großportraits von Karl Marx, Friedrich Engels und W.I. Lenin im Festumzug. In der gleichen Demonstration wurde über die Eröffnung eines Betriebes für Mikroelektronik berichtet, die am 1. Mai in Erfurt Süd-Ost erfolgte, und die Jungen Pioniere berichteten stolz über 33 000 M als Sammelergebnis für die Solidarität.

Forderungen an die Leitungen der Partei, der Ge-



*Tribünenkarte am Gewerkschaftshaus
Juri-Gagarin-Ring 150*

⁵⁸ Komplex von Abkommen der NATO-Konferenz, Paris v. 19.-23.10.1954; BRD wird Mitglied der NATO

⁵⁹ Sogenannter „Nachrüstungs-doppelbeschluss“ der NATO vom Dezember 1979 über die Produktion völlig neuartiger Massenvernichtungswaffen, ihrer Träger und Stationierung in Westeuropa

werkschaft, der Betriebe sowie des Staates wurden kaum erhoben oder formuliert.

Die Nachmittage und Abende waren stets mit vielfältigen kulturellen, geselligen aber auch sportlichen Veranstaltungen für die ganze Familie ausgefüllt. Dafür standen Anger, Domplatz und IGA, der Zoopark wie auch Plätze in den Wohnbezirken sowie Freilichtbühnen zur Verfügung. Aber auch die Säle der Klubbhäuser und Jugendklubs, die Theater und Filmtheater und Sportstätten fanden vielseitige Nutzung.

Von den 49 Losungen des ZK der SED für den 1. Mai 1989 war die Nummer 1: „Es lebe der 1. Mai, der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse“. Daneben fand aber auch die lokale Losung Verwendung: „Der Plan ist Gesetz – ein tägliches Mehr unsere Pflicht!“ Sie fand zugleich mit der Popularisierung der Zielstellung Verwendung, Erfurt zu einem Zentrum der Hochtechnologie zu entwickeln. Im Demonstrationszug wurden, wie bisher nicht üblich, 3 originell gestaltete Festwagen mitgeführt.

Bei der Gestaltung des 1. Mai 1989 und der sogenannten Kampf demonstration der Erfurter Werktätigen war das, was zum Jahresende zur Wende wurde und in Abhängigkeit vom jeweiligen Standpunkt auch als Revolution bezeichnet wird, noch nicht erkennbar.

Im Herbst 1989 kam es zu krisenhaften Erscheinungen in Politik und Wirtschaft, die sich auf das gesamte gesellschaftliche Leben der DDR auswirkten. Aus den inneren und äußeren Bedingungen der DDR hatten sich schwerwiegende Verstöße gegen die Bürger- und Menschenrechte ergeben. Wesentlich waren diese aus mangelnder demokratischer Kontrolle und Transparenz, aus verweigerter Presse-, Rede- und Reisefreiheit sowie dem errichteten Grenzregime erwachsen. Für diese Fehlentwicklung und die komplexen Auswirkungen trug die Partei- und Staatsführung die Hauptverantwortung⁶⁰. Partei- und Staatsorgane waren zum Teil längere Zeit handlungsunfähig. Das verantwortungsbewusste Handeln der Kräfte der Bürgerbewegung, von DDR-Politikern sowie das besonnene Wirken der bewaffneten Organe der DDR sicherten, dass die Vorgänge friedlich verliefen. Dieser Prozess vollzog sich so auch in Erfurt.

V. Der 1. Mai im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Erfurt

1990 waren in Erfurt nach den politischen Umbrüchen die Gewerkschaften noch nicht darauf eingestellt, die Verantwortung für die Gestaltung des 1. Mai zu übernehmen. Teile der Werktätigen wandten sich vom FDGB ab und dieser schränkte seine Tätigkeit Anfang 1990 immer mehr ein, bis er sich am 30. September 1990 auflöste.

Der DGB nahm seine Tätigkeit in den Betrieben und Einrichtungen schrittweise auf. In Erfurt hatten DGB-Funktionäre vereinzelt ausgesprochene Vorbehalte, den 1. Mai in der Breite und Vielfalt so zu begehen, wie in den Jahren zuvor. Daraus folgte, dass vereinzelt erfahrene Gewerkschaftsfunktionäre in Erfurter Betrieben und Einrichtungen im begrenzten Rahmen Maizusammenkünfte gestalteten.

Das Wirken, der mit den Wahlen vom 18. März 1990 gebildeten DDR-Regierung sowie die Einführung der BRD-Währung vom 1. Juli 1990, beschleunigte den Prozess der Rekapitalisierung der DDR wesentlich. Für die Werktätigen der DDR brachte der Übergang in eine andere Gesellschaftsordnung vielfältig neue Bedingungen. Das hieß einerseits Zugewinne

⁶⁰ Elm, Ludwig: Wenn ich einmal Kanzler wär; Köln 2009, S. 150

an demokratischen Rechten, andererseits aber auch Verluste im sozialen Bereich. Der Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 wurde in der Folge jedoch als Anschluss praktiziert und auch so empfunden. Der DDR wurden das BRD Rechtssystem und so alle Gesetze übergestülpt. Diese Situation bestimmte auch die Bedingungen, die für die Gestaltung des 1. Mai bestanden.

1991 gab es dann in Erfurt verstärkt das Bemühen, den 1. Mai in der Tradition der Arbeiterbewegung zu bewahren und mit entsprechenden Veranstaltungen an die Öffentlichkeit zu treten. Ausgehend von der Überzeugung, dass die älteste und umfassendste Veranstaltung der Arbeiterbewegung, auch am Ende des 20. Jahrhunderts es rechtfertigt und es notwendig ist, sie öffentlich zu begehen, machten sich der Arbeiterbewegung verbundene Erfurter ans Werk. Sie gingen davon aus, sich zu den Forderungen und Zielen der Gewerkschaften zu bekennen, darunter auch zu sozialistischen Positionen.

Noch waren die Gewerkschaften in Erfurt den 1. Mai betreffend, nicht die bestimmenden Kräfte. In Verantwortung des Kreisvorstandes der Gewerkschaften fanden 1991, 1992 und 1993 zum 1. Mai auf dem Anger vor dem Warenhaus und auf dem Wenigemarkt Kundgebungen statt, wo zu jeweils 200 bis 300 Zuhörern verantwortliche Gewerkschaftsfunktionäre sprachen. So trat am 1. Mai 1991 der Bezirksleiter der IG Metall Frankfurt am Main, Günter Kronawitter, auf. Wie auch in den folgenden Jahren waren zu dieser Veranstaltung außer der FDP, alle Parteien eingeladen. In seinen Ausführungen nahm der Referent vielen die Illusion, als er ausführte, dass „bis Ende des Jahres die Hälfte aller Erwerbstätigen im Osten unseres Landes (also Gebiete der DDR) arbeitslos sein wird“. Zum 1. Mai 1992 war Wolfgang Erler, DGB-Landesbeauftragter, der Redner. Er sprach, wie die Thüringer Allgemeine (TA) schrieb, vor einigen Dutzend Zuhörern und rügte besonders die für Thüringen fehlenden Wirtschafts- und Strukturkonzepte.

Die Presse, hier insbesondere die Thüringer Allgemeine, räumte in diesen Jahren dem 1. Mai auf der ersten Seite nur wenige Zeilen ein. In den Jahren 1994 und 1995 war der Treffpunkt zum 1. Mai dann das Gewerkschaftshaus am Juri-Gagarin-Ring, von wo sich dann eine Demonstration in Richtung Bahnhofstraße zum Anger anschloss. Es kamen etwa 1.000 bzw. 3.000 Demonstranten. Auf dem Anger fand dann die Kundgebung mit anschließenden Familientreffen statt.

Die Stadtorganisation der PDS führte in den Jahren 1991, 1992 und 1993 eigene öffentliche Maiveranstaltungen unter dem Begriff „Maifete“ durch. Diese fanden im Vorhof des Objektes Eislebener Straße statt, wo früher die Stadt- und Bezirksleitung der SED ihren Sitz hatten. Eröffnet mit einer kurzen Ansprache, gab es dann vielfältige politische Gespräche.

Dabei interessierten der Umgang mit dem Volksvermögen der DDR und dessen Übernahme durch den BRD-Staat, Konzerne und Betriebe, die sogenannten Rückgaben und die Privatisierungen, die Abwicklung von Betrieben und Institutionen, Arbeitslosigkeit, Warteschleifen und anderes mehr, nunmehr BRD-Wirklichkeit, die der DDR Bürger nicht kannte und an die er sich erst gewöhnen musste. Das Maiplakat rief auf: „MUT. Machen wir uns stark für Arbeitsplätze, soziale Sicherheit. Demokratie. PDS.“ Mehrere hundert Besucher trafen sich in den Jahren bei diesen Maifeten. Auch war eine zwar bescheidene Versorgung gesichert, gab es linken Buch- und Literaturverkauf sowie interessante Warenangebote und Stände, wo zur Diskussion eingeladen wurde.

1992 popularisierte der DGB die Losung: „Teilen verbindet!“ und damit eine für diese Zeit notwendige Orientierung. Es kamen jetzt auch die Maiblumen und Maiabzeichen, letztere mit der Maiblume, jährlich graphisch in unterschiedlichen Varianten, zum Verkauf.

1994 verlegte die PDS ihre Veranstaltungen für die Maifete an den südlichen Juri-Gagarin-Ring. Eine große Bühne wurde dem Anspruch gerecht, dass hier die zentrale Maifete der PDS durchgeführt wird. Zur Eröffnung der Kundgebung sprachen Gregor Gysi, Mitglied des Bundestages (MdB), Gerhard Jüttemann, Betriebsrat, Gabi Zimmer, Mitglied des Landtages (MdL), Bodo Ramelow, Aktionskreis und Prof. Heinrich Fink, VVN/BdA Berlin zu mehreren tausend Besuchern.

Von Nachmittag bis zum Abend brachten moderne Musikgruppen und Künstler, darunter Ulf Annel, ihre Programme. An Tischen und im Antifa-Zelt wurden Gespräche zu aktuellen und politischen Fragen geführt. Dazu standen als Partner auch die Referenten bereit. Weiter gab es ein anspruchsvolles Angebot linker Literatur, Spielmöglichkeiten für Kinder sowie Speisen und Getränke. Diese Maifete in Erfurt war für die PDS zugleich die zentrale Veranstaltung. Im folgenden Jahr 1995 nutzte die PDS wieder den Platz am südlichen Juri-Gagarin-Ring. Diesmal war die Maifete gleichzeitig Landesfestveranstaltung der PDS Thüringens. Niveau, Vielfalt und Breite dieser Veranstaltung waren so anspruchsvoll wie die des Vorjahres. Gregor Gysi (MdB) und Gabi Zimmer (MdL) eröffneten die Kundgebung. Mehrere Diskussionsrunden folgten. Weiter gab es dann Kulturprogramme auf der Hauptbühne, ein Markttreiben mit „Ostprodukten“, ein Kinderfest und Infostände von zahlreichen sozialen Organisationen und Vereinen. Die Besucher aus allen Kreisen des Landes erlebten ein abwechslungsreiches Programm, wobei die Besucherzahl unter Beachtung des Laufpublikums auf 6 000 geschätzt wurde⁶¹. Der Kreisvorstand des DGB hatte seine Veranstaltung wieder vom Stellplatz Gewerkschaftshaus ausgehend und anschließender Demonstration zum Anger geplant. Daran schlossen sich dann die Kundgebung und danach Familientreffen an, die insgesamt etwa 3 000 Teilnehmer hatten.

Am Nachmittag dieses Tages kam es dann zu einem Zusammentreffen von Vertretern kreislicher Leitungen des DGB, der PDS und der SPD. Im Mittelpunkt der Aussprache stand das gemeinsame Anliegen – der 1. Mai. Offensichtlich gab es rasch Übereinstimmung darüber, dass der 1. Mai eine Manifestation der internationalen Arbeiterbewegung ist und jeder der drei am Gespräch Beteiligten dazu eine persönliche und traditionelle Verbindung hat. Berührungängste, soweit vorhanden, waren schnell überwunden. Der DGB-Kreisvorsitzende, Kollege Hans-Hermann Hoffmann, konnte darauf verweisen, dass er das Vorhaben zur Gemeinsamkeit schon länger vertreten hat. Abschließend wurde festgelegt, im kommenden Jahr 1996 als DGB, PDS und SPD, den 1. Mai in Erfurt gemeinsam als Träger unter Führung des DGB, durchzuführen und das in der Einheit von Demonstration, Kundgebung und dann eigenen Bühnenprogrammen.

Ogleich der DGB-Vorsitzende sich danach an alle Parteien mit dem Angebot wandte, sich an dieser Gemeinsamkeit zum 1. Mai zu beteiligen, blieb eine Antwort der CDU ohne Erklärung aus. Es gab in den Jahren später Informationen, dass die CDU am gleichen Maitag abseits eigene Veranstaltungen durchführt. 1997 reihte sich Bündnis 90/Die Grünen neben DGB, PDS und SPD als Träger ein. In der Folge mangelte es nicht an Warnungen, die FDP und die CDU an DGB und SPD richteten mit den Argumenten, dass diese, insbesondere die SPD, ihren Einfluss verlieren würden, wenn sie sich nicht von den „Kommunisten“ trennten.

⁶¹ Sozialistischer Anspruch als Handlungsoption; Erfurt 2000, S. 105, 108

Für den 1. Mai 1996 war der Stellplatz vor dem Gewerkschaftshaus am Juri-Gagarin-Ring. Von hier ging die Demonstration, einige Demonstranten führten rote, andere aber auch PDS-Fahnen mit, über die Bahnhofstraße zum Anger. Neben der Post war die Haupttribüne aufgebaut. Als erster Redner sprach der Landesvorsitzende des DGB, Frank Spieth. Ihm wurde die längste Redezeit eingeräumt. Er sprach zu den aktuellen Aufgaben in dieser Zeit und setzte sich dann polemisch mit den letzten Beschlüssen der Bundesregierung auseinander, die er „Sonderopfer Ost“ nannte. Danach sprach Richard Dewes, Landesvorsitzender der SPD und Thüringer Innenminister. Er erinnerte an die gemeinsamen sozialistischen Wurzeln des 1. Mai, die die Träger des 1. Mai in Erfurt haben und bekundete seine Befriedigung, heute hier einer hundertjährigen Tradition zu folgen. Gleichzeitig klagte er die „Kahlschlagpolitik der CDU/CSU“ an. Als nächste Rednerin kam die Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Birgit Klaubert, zu Wort. Sie bezog sich besonders auf die „soziale Kälte“, die in Deutschland heraufgezogen ist und die 500 000 Arbeitsplätze, die in Thüringen fehlen. Danach ergriffen noch Rudi Krause von der IG Metall und der Landessprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Olaf Möller, das Wort⁶². Rund 5 000 Erfurter und Gäste aus ganz Thüringen demonstrierten auf dem Anger gegen den im April 1996 vom Bundestag beschlossenen weiteren Sozialabbau, von dem Birgit Klaubert gesagt hatte, dass er gegen § 20 des Grundgesetzes verstoße. Erheblichen Meinungsstreit gab es um das Für und Wider zum Bau der neuen Oper. Auf dem Anger waren außer den 3 Bühnen, von der Post bis zum Warenhaus, eine große Zahl von Ständen aufgebaut, an denen sich neben den Einzelgewerkschaften, linke politische Organisationen und Sozialverbände vorstellten und die Besucher zu Gesprächen einluden. Die CDU ließ sogar die christlich-demokratische Arbeiterschaft einen Stand aufbauen. Die Redner, wie auch weitere Vertreter der die Gesamtveranstaltung tragenden Parteien und der Gewerkschaft standen den Besuchern ebenfalls noch zu aktuell-politischen Gesprächen zur Verfügung⁶³. So stand u.a. auf der PDS-Bühne Hans Modrow, der vorletzte Ministerpräsident der DDR, den Fragestellern Rede und Antwort. Der bis zum Abend anhaltende Besucherstrom zeigte, dass die praktizierte Gestaltung des 1. Mai, die ungeteilte Zustimmung der Erfurter Bürger fand und sie die Weiterführung der über viele Jahrzehnte gewachsenen Tradition in dieser Weise befürworteten. Finanziell abgesichert hatten diese Maifete, der DGB mit 12.000 DM, die SPD mit 5.000 DM und die PDS mit 20.000 DM. Die Beteiligung der Bürger an diesem Tag wurde, die Demonstration betreffend, auf 5.000 und für den Nachmittag, die Gewerkschaft nutzte dafür den Begriff Familiennachmittag, auf über 15.000 Besucher eingeschätzt. Ein eigener Beitrag der Veranstalter wurde ab 1996 mit der Gestaltung eines eigenen Plakates geleistet. Wie sie einschätzten, entsprach das zentrale Plakat für den 1. Mai in Text und Gestaltung nicht den lokalen Erfordernissen von Erfurt.

Das abgestimmte Zusammenwirken von DGB, SPD und PDS zum 1. Mai 1996 wurde in Erfurt ein voller Erfolg. Ohne die Bedeutung in der Wertung zu überhöhen, war es aber auch zugleich als ein Erfolg für die Arbeiterbewegung zu werten, weil der 1. Mai der internationale Tag der Arbeit deutschlandweit erstmalig wieder in Gemeinsamkeit der Parteien, unter organisatorischer Führung durch die Gewerkschaften gestaltet und dabei auch gegenseitig Toleranz gewahrt wurde.

⁶² Frankfurter Allgemeine v. 2. Mai 1996; Thüringer Landeszeitung v. 2. Mai 1996, Neues Deutschland v. 2. Mai 1996

⁶³ Stände hatten u.a. DGB; SPD; PDS; alle Einzelgewerkschaften; die Fraktionen der Träger; Volkssolidarität; Hilfe in Not e.V.; die Freidenker; Jugendweihe e.V.; Offenes Jugendbüro Red Roxx; Solid Jugendorganisation; SDS Sozialistischer Studentenbund; Buchhandlung Contineo; Presse: Junge Welt; ND; UNZ; Weiter für Kinder: Bastel- u. Schminckstraße, Hüpfburg; diverse Versorgungsstände

Die Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten im Folgejahr 1997 erfolgte unter Nutzung der 1996 gesammelten Erfahrungen. Die bewährte Gemeinsamkeit der Träger erweiterte sich noch durch das Hinzukommen von Bündnis 90/Die Grünen. Auf dieser Mai-Kundgebung sprachen die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Ursula Engelen-Kefer, ebenso die Landesvorsitzenden von SPD und PDS, Richard Dewes und Gabi Zimmer. Die Demonstration fand wieder in gewohnter Weise statt. Groß war auch erneut die Zahl der Stände, die in der Vielfalt Bedürfnisse und Wünsche tausender Besucher im materiellen und geistigen Bereich befriedigten. Auf zwei Bühnen liefen in bunter Reihenfolge bis zum Abend kulturelle und politische Programme. Höhepunkt und Abschluss bildete ein Konzert der Gruppe „City“ mit dem Erstunterzeichner der „Erfurter Erklärung“, Toni Krahl⁶⁴.

Die Träger blieben der 1995 getroffenen Vereinbarung treu, was nicht zuletzt auch die auf den Plakaten popularisierten Losungen unterstrichen. Diese lauteten im letzten Jahrzehnt u.a.: „Wir sind das Volk“, „Arbeit für alle, gegen Ausgrenzung und Rassismus“, „Wir lassen nichts anbrennen“, „Auf die Straße für Arbeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit“, „Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit!“, „Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente“, „Arbeit für alle bei fairem Lohn!“

In den Endjahren des 20. Jahrhunderts nahm die offensive Positionierung der Gewerkschaftsfunktionäre zum 1. Mai in Erfurt erkennbar zu. Das betraf insbesondere soziale und arbeitsrechtliche Fragen aber auch solche, wie die weltpolitische Entwicklung, den Kampf um die Erhaltung des Friedens und gegen jegliche Kriegsvorbereitung. So begann der Kreisvorsitzende des DGB, Hans-Hermann Hoffmann, die Eröffnung der Kundgebung auf dem Anger am 1. Mai 1999 mit der Feststellung, dass es der erste „Tag der Arbeit“ nach dem Regierungswechsel sei, den wir gemeinsam erstritten haben. Danach wies er auf die Zahl von 200 000 Arbeitslosen und die 350 000 fehlenden Arbeitsplätze hin. Nachdem er noch die völlig unzureichende Zahl von Ausbildungsplätzen genannt hatte, wandte er sich aktuellen weltpolitischen Problemen zu. Dabei verwies er auf die Aggression der NATO gegen Jugoslawien, die unter Ausschaltung der UNO das Land bombardierte. Da auch deutsche Soldaten an diesen kriegerischen Handlungen beteiligt waren, erhob er die Forderung

- sofortige Einstellung der NATO-Kriegseinsätze
- sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen unter UNO-Beteiligung und der OSZE
- Schaffung dauerhafter Friedensbedingungen und
- die Organisierung humanistischer Hilfe für das Land.

Diese Ausführungen, wie auch die in diesem Sinne von anderen Referenten, fanden die volle Zustimmung der Zuhörer.

VI. Der 1. Mai in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts in Erfurt

⁶⁴ „Erfurter Erklärung“, verfasst von Theologen, Gewerkschaftern, Künstlern, Wissenschaftlern, Schriftstellern, Politikern. Aufbegehren gegen bestehende Verhältnisse in der Bundesrepublik mit dem Grundsatz: Bis hierher und nicht weiter – Verantwortung für die soziale Demokratie. Erstunterzeichner u.a. Frank Spieth, Landesvorsitzender des DGB; Bodo Ramelow, Landesvorsitzender hbv, Heine Falke, Propst i.R.; Edelbert Richter, SPD und Mitglied des Bundestages

Die Veranstaltungen und Feiern zum 1. Mai im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts erfüllten den Anspruch und wurden auch der Tradition gerecht, Kampf- und Feiertage für soziale Rechte sowie Solidarität auch im internationalen Sinne zu sein. Das schloss in Erfurt immer auch die Positionierung für den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens ein. Im offiziellen Sprachgebrauch der BRD wird der Begriff des „Kampf- und Feiertages“ für den 1. Mai neudeutsch durch „Tag der Arbeit“ ersetzt. Mit dieser Umdeutung wird allerdings der traditionelle Begriff „Kampf- und Feiertag“ eines Teils seines aktiven Kerns beraubt. Außerdem führt diese Umbenennung zu einer nicht beabsichtigten Nähe zu dem von den Nazis geprägten Begriff dem „Tag der nationalen Arbeit“. In der Praxis der vergangenen Jahre fand die Gestaltung des 1. Mai in Erfurt in Übereinstimmung mit den vor 120 Jahren durch die II. Internationale ausgelösten Initiativen statt. Das war die von der Arbeiterbewegung gewollte Einheit von politischer Demonstration und Kundgebung sowie darin eingeschlossenem Familienfest. Es gehört zu den Traditionen des 1. Mai und denen der Gewerkschaften, den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Neonazismus und gegen Rechtsextremismus zu führen. Die Träger dieser Ideologien sind allerdings seit Beginn des neuen Jahrtausends erkennbar bemüht, den 1. Mai für ihr öffentliches Auftreten zu nutzen und öffentliche Veranstaltungen zur Verbreitung ihres Gedankengutes zu missbrauchen. In Erfurt wurden die Treffpunkte und Stellplätze für die Maidemonstrationen neu festgelegt. So ist es einmal der Parkplatz vor der Staatskanzlei bzw. an dem alten Angerbrunnen. Hier erfolgt regelmäßig die Begrüßung der Demonstranten durch einen Vertreter des Erfurter DGB-Vorstandes. Die anschließende Demonstration folgt dann der Strecke Neuwerkstraße, Karl-Marx-Platz, Juri-Gagarin-Ring, Bahnhofstraße bis Anger. In den Jahren 2000 und 2001 zog die Demonstration weiter bis zum Wenigemarkt, wo dann auch die Kundgebung stattfand, die ab 2002 wieder auf dem Anger durchgeführt wurde. Mit Beginn des neuen Jahrhunderts verstärkten die Gewerkschaften in Erfurt bei der Gestaltung des 1. Mai die schon in den Vorjahren geführten Auseinandersetzungen mit den rechten Kräften. Diese bemühten sich immer wieder, ihre demokratie- und ausländerfeindlichen Ideologien, ihr nationalistisches und rassistisches Gedankengut am bedeutendsten Kampf- und Feiertage der Arbeiterbewegung in die Öffentlichkeit zu tragen. Es war in der Vergangenheit bereits deutlich geworden, dass diese Kräfte auch vor kriminellen Handlungen nicht zurückschreckten. Am 1. Mai 2000 hatte das vor dem Hintergrund des Brandanschlages auf die Erfurter Synagoge besonderes Gewicht. In der Rede des DGB Landesvorsitzenden, Frank Spieth, wie auch in der Gestaltung der Standpunkte im Demonstrationzug, war die Verurteilung dieser Tat einmütig. Im folgenden Jahr war es der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, Dr. Reinhard Schramm, der sich in der Rede zum 1. Mai mit den Erscheinungen des Rechtsextremismus prinzipiell auseinandersetzte und darüber hinaus in seinen Ausführungen den Bogen von der Massenarbeitslosigkeit zum Rechtsextremismus schlug.

Ausgehend davon erhob er die Forderung, dass ein Ruck durch den Arbeitsmarkt gehen und eine Wende desselben erfolgen muss. Dabei richtete er gleichzeitig eine scharfe Kritik an die CDU. Letztlich schloss Dr. Schramm seine Rede mit der Forderung nach einem „Thüringer Landesprogramm gegen Rechts“ und dem Verbot der NPD.

Die Erfurter Maifeier 2002 stand unter dem Zeichen und war geprägt von den Vorkommnissen des Amoklaufes im Gutenberg Gymnasium. Die Demonstration zum Anger wurde so zu einem Gedenkmarsch mit Trauerflor. Der Redner, Jürgen Röhreich, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, sprach kurze Worte des Gedenkens. In den Bereichen der Parteien und Organisationen auf dem Anger fanden dann wieder eigene Veranstaltungen und Gespräche statt.

Über einen Zeitraum von fast 10 Jahren war inzwischen das getroffene Übereinkommen, unter Führung der Gewerkschaften, gemeinsam mit den demokratischen Parteien SPD, DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen als Träger unter Beteiligung weiterer Parteien und demokratischer Organisationen, die Gestaltung des 1. Mai in Erfurt bewahrt worden. Nicht zuletzt fand das auch immer seinen Ausdruck in der öffentlichen Repräsentation mit dem Einsatz entsprechender Referenten. So sprachen alljährlich bei den Kundgebungen im Anschluss an die Demonstrationen regelmäßig leitende Vertreter der Gewerkschaften und der Parteien. Sehr oft waren es die Vorsitzenden und legten Standpunkte ihrer Organisationen zu aktueller Politik, wie auch zum 1. Mai dar. Diese Ausführungen nutzten die Referenten jedoch nicht zu politischen Angriffen oder Auseinandersetzungen, wogegen es oft Orientierungen zu übereinstimmenden Standpunkten gegenüber der staatlichen Sozialpolitik, zu Volksbegehren oder zum Kampf gegen den Rechtsextremismus gab.



Hauptredner ver.di-Bundsvorsitzender Frank Bsirske ermuntert zur Blockade gegen die Nazis 2007

Die rechtsextremistischen Kräfte bleiben in ihren Bemühungen beharrlich, die Erfurter Bürger mit ihren Aktivitäten zu provozieren und sie auf diese Weise zu beeindrucken.

Es war großen Teilen der Einwohner unverständlich, dass trotz der breiten Ablehnung, die die Aktivitäten und Aufmarsch-Versuche der Rechten durch die Bürger und auch den Rat der Stadt erfuhren, die Nazis ihren Aufmarsch genehmigt bekamen und auch noch des Schutzes durch die Polizei sicher sein konnten. Nicht wenige Bürger legten sich so die Frage vor, wen der Rechtsstaat nun wirklich schützt. Die Erfurter Träger des 1. Mai nahmen in ihr gemeinsames Plakat 2001 und 2002 neben den gewerkschaftlichen, erstmals die politischen Losungen „gegen Ausgrenzung und Rassismus“ auf. Offensiv wurde. 2007 das Plakat mit dem Stempel versehen: „Null Toleranz für Nazis“. Es zeichnete sich ab und war unübersehbar: die demokratische Öffentlichkeit, die Bürger waren nicht bereit, die Provokation durch den Aufmarsch der Nazis hinzunehmen. Persönlichkeiten der Stadt, darunter Oberbürgermeister Andreas Bausewein und der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Niels Lund Chrestensen, verwiesen bereits im Vorfeld des 1. Mai darauf, dass sie sich von den Naziaktivitäten, dem Naziaufmarsch distanzieren. Diese Persönlichkeiten und Vertreter der Bundesebene verbanden diesen Standpunkt zugleich mit der Forderung, dass Verfahren zum Verbot der NPD wieder aufzunehmen. Die Gewerkschaften und die Thüringer Allgemeine hatten gemeinsam dazu aufgerufen, die Nazis aus der Stadt zu pfeifen. Dazu stellte der DGB 5000



Trillerpfeifen zur Verfügung und der leitende Gewerkschaftsfunktionär, der Landesvorsitzende des DGB, Steffen Claudio Lemme, erklärte: „Lieber rote Pfeifen als braune Säcke“.

Als am 1. Mai 2007 gegen 11.15 Uhr auf dem Erfurter Hauptbahnhof die ersten Gruppen der Rechtsextremisten eintrafen, waren die demokratischen Kräfte, zahlreiche Gewerkschafter und Linke auf den Beinen und bereiteten sich auf die Proteste und Sitzblockaden



Handzettel 2007

vor. Schwerpunkte sahen sie am Leipziger Platz, am Juri-Gagarin-Ring, Löberstraße, am Hauptbahnhof und in der Schillerstraße und vor dem ver.di-Objekt. Einigen Dutzend Linker gelang es, der Aufsicht der Polizei zu entweichen, den Flutgraben zu durchqueren und die Protestgruppen in der Schillerstraße zu verstärken.

Der Sammelpunkt der Nazis war am Löberwallgraben. Als der Pfarrer Lothar König gegen 14 Uhr lautstark auf die Möglichkeit verwies, dass die Rechten ihren Weg vom Kaffeetrichter aus zu Synagoge wählen könnten, rückten die Sitzblockierer schnell von der Höhe ver.di-Haus zur Kreuzung vor. Damit war der Weg zur Synagoge und zugleich zum Landtag verstellt.

Die Rechtsextremisten zeigten aber inzwischen ihr wahres Gesicht, indem sie die Polizisten anpöbelten, aggressive und beleidigende Sprechchöre brüllten und dann sogar Flaschen und herausgerissene Pflastersteine gegen die Polizisten warfen. Zuvor hatten die Nazis das Angebot, wegen der blockierten Wege eine Standkundgebung im Stadtpark durchzuführen, abgelehnt. So war die Polizei genötigt, die Rechten zu zwingen, den Rückweg zum Bahnhof und von hier mit den Zügen die Heimfahrt anzutreten.



Gesicht zeigen 2007

Die Erfurter, es waren etwa 2500 Bürger an den Gegenprotesten beteiligt, hatten mit hohem Engagement die auf dem Mai-Plakat formulierte Aufforderung erfüllt: „Null Toleranz für Nazis“ und damit den Marsch der Nazis zum 1. Mai durch Erfurt verhindert. In der Erfurter Tagespresse war zu lesen: „Dass die Landeshauptstadt demokratisch tickt, das haben – jenseits autonomer Entgleisungen – die Bürger unterstrichen. Eindrucksvoll“.⁶⁵

Drei Jahre später, der 1. Mai 2010 wurde entsprechend dem Beschluss des „Internationalen Arbeiter Kongresses von 1889 in Paris“ bereits zum 120 Mal begangen. Auch wenn sich die Aufgaben im Einzelnen verändert hatten, waren die grundsätzlichen Gedanken auf bleibende Werte gerichtet.

Das schloss insbesondere auch die international abgestimmte Gemeinsamkeit im Kampf für die Friedenserhaltung und Arbeiterinteressen ein. Die Absicht und das Vorhaben der Rechtsextremisten, 2010 am 1. Mai in Erfurt einen Naziaufmarsch durchzuführen, stellte wieder eine Provokation dar.

⁶⁵ Thüringer allgemeine (TA), 5. März 2007

Alle demokratischen Parteien riefen gegen diesen geplanten Naziaufmarsch zum Protest auf. Die Erfurter Pröbstin, Elfriede Begrich, erhob ebenfalls ihre Stimme gegen Rechts und begrüßte die vorgesehenen Blockaden.

Wochen vor dem 1. Mai rief bereits ein breites demokratisches Bündnis zu friedlichen Sitzblockaden an der geplanten Route des Nazimarsches auf. Dieses „Thüringer Bündnis gegen Rechts“ schrieb: „Wir werden dafür sorgen, dass sie nicht marschieren können. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg.“

Unverständlich war für viele, darunter auch Gewerkschaftsfunktionäre, die Äußerungen des Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft. Er sagte andeutungsweise für die vorgesehenen Proteste und Blockaden des Naziaufmarsches mögliche ausufernde gewaltsame Auseinandersetzungen voraus.

Eine der Lehren, die die Polizei zog, um zu verhindern, dass die Gegendemonstranten sie unterließ, betraf die Ufer des Flutgrabens. So wurden durch das Technische Hilfswerk am Vorabend des 1. Mai Sandsäcke verlegt. Durch das damit bewirkte Anstauen des Wassers sollte verhindert werden, dass nicht wie 2007 Gegendemonstranten durch Überwindung des Wassers, auf die andere Straßenseite gelangen konnten.

Die politischen Aktivitäten am 1. Mai 2010 begannen sehr früh. War die Eröffnung der Maidemonstration für 10 Uhr an der Staatskanzlei, Regierungsstraße vorgesehen und damit der Auftakt, so setzten sich bereits gegen 8 Uhr die ersten Gegendemonstranten auf die Fahrspuren der Stauffenbergallee, um hier den NPD-Aufmarsch zu blockieren. Später kamen noch einige Mitglieder des Stadtrates und Landtagsabgeordnete von Linkspartei, Grünen und SPD hinzu.

Es war dann gegen 11 Uhr als die ersten Rechtsextremisten kamen, die an dem NPD-Marsch teilnehmen wollten. Angereist mit der Eisenbahn, wurde sie von Bahnmitarbeitern über das Bahngelände an die Schmidtstedter Brücke geführt. Allerdings war wenig vorher den Blockierern dieser Weg verwehrt worden. Später wurden die NPD-Marschierer noch durch Gleichgesinnte verstärkt, die u.a. mit Bussen aus Bayern anreisten. Diese kamen allerdings mit Verspätung, da Straßenblockaden ihnen den Weg versperrt hatten.

Zu den Blockierern war inzwischen der Oberbürgermeister, Andreas Bauswein, „durchgedrungen“. Die Polizisten hatten das Durchkommen des Stadtoberhauptes erheblich eingeschränkt. Durch die Polizeisperre wurde der Verkehr stark behindert. Nach und nach gelangten auch die Bürgermeisterin, Tamara Thierbach, Vertreter der SPD und der Grünen sowie der Vertreter des Ordnungsamtes durch die Sperre zu den Blockierern. In der etwa 30 minütigen Wartezeit an der Polizeisperre, hatte Andreas Bausewein eine Reihe wenig ermunternde Bemerkungen gehört, wie: „OB, kann doch jeder sagen!“ oder „Das muss doch die Einsatzleitung entscheiden, ob er durch kann“. Offensichtlich lag das daran, dass etwa 1000 Polizisten aus anderen Bundesländern in Erfurt eingesetzt waren. Während die Zahl der Gegendemonstranten auf den Fahrspuren der Stauffenbergallee etwa 40 betrug, hatten andere Blockierer 2 weitere Kreuzungen besetzt⁶⁶.

Die Maidemonstration hatte inzwischen begonnen und war auf dem Anger angekommen, wo die Kundgebung mit der Rede der DGB-Landesvorsitzenden, Renate Licht, eröffnet wurde. Ihr schlossen sich Ansprachen der Landesvorsitzenden von SPD und der LINKEN an.

Die CDU führte vor dem Rathaus eine Kundgebung durch, auf der die Ministerpräsidentin,

⁶⁶ TA, 3. Mai 2010; Thüringer Landeszeitung (TLZ), 16. Juni 2010

Christine Lieberknecht, sprach. Auch sie setzte sich, wie die Redner auf dem Anger, mit den rechtsextremen und menschenverachtenden Ideologien und Praktiken auseinander, die letztlich verfassungsfeindlich seien und es ein NPD-Verbot herbeizuführen gelte⁶⁷.

Die Neonazis konnten ihren Aufmarsch nicht wie geplant um 11.00 Uhr beginnen. Obwohl sich die Blockierer widerstandslos von der Staufenbergallee wegtragen ließen, kam der etwa 400 Personen umfassende NPD-Aufmarsch, gegen 13.30 Uhr begonnen, schon nach 500 Metern wieder zum Stehen. Eine große Anzahl von NPD-Gegnern stoppt die Marschierer. Am Talknoten war eine weitere Straßensperre, eine Sitzblockade, eingerichtet und ständig erweiterte sich die Zahl der Blockierer durch von den Maikundgebungen kommende NPD-Gegner. Zwar wurde den Rechtsextremen so gegen 14.40 Uhr eine Alternativroute angeboten, die diese jedoch ablehnten. Nachdem die Polizei die NPD-Kundgebung um 15.35 Uhr für beendet erklärte, geleitete die Polizei die NPD-Anhänger in Richtung Bahnhof, wo diese dann mit einem schrillen Pfeifkonzert und Flaschenwürfen die Polizisten zu provozieren versuchten. Gegen die NPD-Gegner, meist Jugendliche, die sich protestierend auch am Bahnhof eingefunden hatten, setzte die Polizei dann Pfefferspray ein⁶⁸.

Da es bei der Polizei auch Beamte gab, die nicht nur „Dienst nach Vorschrift“ zu tun bereit waren, sondern ihrer Aufgabenerfüllung eigene Überlegungen hinzufügen, zeigten folgende Begebenheiten: Als bei einer friedlich praktizierten Straßenblockade der Sprecher des „Bündnisses gegen rechts“ die Polizisten aufforderte, die Helme abzunehmen und so die friedliche Absicht der Demonstranten zu akzeptieren, folgten einige diesem Vorschlag⁶⁹. Als am Leipziger Platz zwei Wasserwerfer vorfuhren, hatten sie die Strahlrohre auf die Straßenblockierer gerichtet. Daraufhin äußerten diese lautstark ihren Unmut. Offensichtlich überdachte die Besatzung eines der Fahrzeuge rasch die Situation und machte eine Kehrtwende der Strahlrohre in Richtung der „Rechten-Extremisten“⁷⁰.

Aus zitierter polizeilicher Sicht waren zu dem NPD-Aufmarsch etwa 400 Rechte angereist, denen etwa 1000 Blockierer gegenüber standen. Rund 1000 Polizeibeamte aus mehreren Bundesländern waren dabei eingesetzt. Dieser Einsatz kostete dem Freistaat eine Millionen Euro⁷¹. Diese ungeheure Summe wurde ausgegeben, um gegen den Widerspruch der demokratisch gewählten Erfurter Volksvertretung und gegen den Willen des demokratischen Erfurt, den Marsch der Rechtsextremisten durch Erfurt zu sichern, die NPD auch weiter als demokratische Partei gilt und als solche deren Rechte in Anspruch nimmt. Es ist deshalb ein großer Erfolg der Kräfte des „Bündnisses gegen Rechts“, dass außer einiger Querelen am Rande, der Marsch der NPD mit friedlichen Mitteln verhindert wurde und sie nicht wie vorgesehen, auf der Staufenbergallee über den Leipziger Platz zur Magdeburger Allee marschieren konnten. Den braunen Horden gelang es nicht, den für die Arbeiterbewegung bedeutenden Weltfeiertag durch ihr demonstratives Auftreten zu beschmutzen.

Es ist an der Zeit, dass im Landtag die jahrelange Diskussion über ein „Bündnis gegen Rechts“ mit einem entsprechenden Beschluss beendet wird und so die erforderliche Grundlage erhält.

Während die Blockierer erfolgreich den Marsch der NPD verhinderten, hatten mit der Kundgebung im Stadtzentrum die Veranstaltungen begonnen. Der 1. Mai wurde so in

⁶⁷ TLZ, 3. Mai 2010

⁶⁸ TA, 3. Mai 2010

⁶⁹ Christa Steppat: Erlebnis Talknoten. Am 1. Mai. In: Linke Depesche, 05/2010

⁷⁰ TA, 1. Mai 2010; TLZ, 3. Mai 2010

⁷¹ TLZ, 16. Juni 2010

Erfurt im besten Sinne „Kampf- und Feiertag“.

Neben der Haupttribüne, von der aus die Landesvorsitzende des DGB die Kundgebung eröffnete und nach ihr leitende Parteifunktionäre der SPD, der Grünen und der Linken gesprochen hatten, war eine Vielzahl von Ständen aufgebaut. An den Ständen der IG Metall und anderer kleinerer Gewerkschaften, der SPD, der Linken und der Grünen, des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit, der Freidenker und der Deutsch-Russischen Gesellschaft, der DKP und der KPD sowie einer großen Zahl weiterer sozialer-, kultureller- und politischer Organisationen und Einrichtungen, nicht zu vergessen, die linke Buchhandlung „Contineo“, wurden interessante politische Gespräche geführt und auch Erfahrungen übermittelt.

Die Geschichte der Gestaltung des 1. Mai in Erfurt zeigt, dass die progressiven Kräfte die Grundgedanken dieser umfassendsten Veranstaltung der internationalen Arbeiterbewegung über die Zeit von 1890 bis 2010, ungeachtet zeitweiliger politischer Umbrüche, bewahrt haben.

Auch als 1989 für kurze Zeit Unsicherheit eintrat, waren es demokratisch-sozialistische Kräfte, die sich aus Traditions- oder demokratischen Selbstbewusstsein um die Bewahrung des 1. Mai als politisches Traditionsfeste der Arbeiterbewegung verdient machten. Mit der 1995 getroffenen Übereinkunft von Gewerkschaftsfunktionären mit solchen der örtlichen Arbeiterbewegung, wurde eine in eigener Weise über Thüringen hinauswirkende Initiative für das tolerante Zusammenwirken demokratischer Kräfte entwickelt.

Damit fand das Bebel-Wort, in die heutige Zeit gestellt, Zustimmung:

„Wenn ihr euch nur einig seid!“



„Unser Günter“ ist tot

Die Nachricht vom plötzlichen und völlig unerwarteten Ableben unseres Freidenker-genossen Dr. Günter Schwade hat uns tief ergriffen. Wir trauern mit seinen Angehörigen um einen Genossen, dessen gesamte Lebensauffassung von humanistischen Ideen geprägt war und deren Verwirklichung er sein ganzes Tun gewidmet hatte.

Günters Auftreten in unserem Verband war durch Sachlichkeit und Klarheit in der Argumentation gekennzeichnet. In der Wahl seiner Worte traf er immer den Kern der Dinge. Was ihn aber auch auszeichnete, er konnte anderen zuhören, mit Ratschlägen helfen, um mit komplizierten Situationen fertig zu werden. Dabei verlor er nie das Ziel aus den Augen, für soziale Gerechtigkeit und menschliches Miteinander zu streiten.

Durch Günters plötzlichen Tod verlieren die Erfurter Freidenker einen warmherzigen und ehrlichen Mitstreiter, der von allen Mitgliedern und Sympathisanten geachtet und geschätzt wurde. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten und in seinem Sinne unser Wirken fortsetzen.

DFV-Ortsgruppe Erfurt und Umland
H.Borchert, H.-J. Rödiger

Impressum

Herausgeber:

DGB Thüringen

Warsbergstr. 1
99092 Erfurt
Tel. 0361/5961-411
rolf.dueber@dgb.de
www.thueringen.dgb.de

Fraktion Die Linke im THL

Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt
Tel. 0361/ 37 72 295

Deutscher Freidenker-Verband
Landesverband Thüringen e.V.
Untere Dorfstraße 123a
99195 Riethnordhausen
Tel. 036204/50559
dfv-thueringen@freidenker.org
www.thueringen.freidenker.org

